

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern-
zeile aber deren Raum 60 Pf. für
vollständige und gewerkschaftliche Vereins-
und Berichts-Anzeigen 30 Pf.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 5. Oktober 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Lebhafte Kämpfe an der Tiroler Front.

Der französische Tagesbericht.

(Am Sonntag zu spät eingetroffen.)

Paris, 3. Oktober. (W. L. V.) Amtlicher Bericht von
gestern nachmittag: Im Artois beschloß die feindliche Artillerie
unsere Stellungen östlich von Souchez sehr heftig. Wir drangen
trotzdem auf den Höhen von La Folie von Schützengraben zu Schützengraben
um ein merkliches Stück vor. In der Champagne beschossen
die Deutschen im Laufe der Nacht unsere neuen Linien bei
Epine de Bevedrange und östlich der Kabarinfarm. Unsere
Truppen eroberten ein bedeutendes Stück der feindlichen Stellungen,
welches aus ihrer augenblicklichen Linie nördlich von Le Mesnil vor-
springt. In Lothringen griffen deutsche Aufklärungsabteilungen zwei
unserer Posten bei Moncel und Sornoville an. Sie wurden zurück-
geworfen und bis an ihre Linien verfolgt. Auf der übrigen Front
war die Nacht ruhig.

Unsere Luftgeschwader warfen sehr viele Geschosse auf die Bahn-
höfe und Eisenbahnlinien hinter der feindlichen Front, besonders
auf den Knotenpunkt Guignicourt und Amifontaine. Unsere Ge-
schützflugzeuge (avions-cannons) beschossen nachts die deutschen
Linien.

Paris, 3. Oktober. (W. L. V.) Amtlicher Bericht von
gestern abend. Unsere schwere Artillerie wirkte in Belgien bei
der Beschießung der deutschen Batterien bei Westende durch die eng-
lische Flotte mit. Im Artois beschloß feindliche Artillerie unsere
ganze Front zwischen Neuville-Saint Vaast und dem Gehölz nörd-
lich von Souchez heftig. Wir erwiderten sehr kräftig. Starke Ge-
schützfeuer von beiden Seiten nördlich von Berry-au-Bac, bei der
Cholera-Grube und südlich davon, bei Saigneul. An der Front in
der Champagne beiderseits Geschützfeuer, in dessen Verlauf
der Feind wiederum ersinkende Gas anwandte. Zwischen
Maas und Mosel, nördlich von Hircy, Salvenfeuer deutscher Ar-
tillerie auf unsere Schützengraben, das durch das Eingreifen unserer
Batterien beendet wurde. In Lothringen wurde wieder eine starke
Aufklärungsabteilung des Feindes südlich vom Walde von Parroy
zurückgeworfen und zerstört.

Zukunft. In der Champagne traf eines unserer Geschütz-
flugzeuge (avions-cannons) einen feindlichen Zerstörerballon, welcher
brennend abstürzte. Eines unserer Geschwader, 60 Flugzeuge stark,
bewart heute den Bahnhof Bouziers, das Flugfeld und den Bahn-
hof von Chalange und mit weiteren 300 Granaten andere Ziele,
welche getroffen wurden. Ferner wurde durch Fliegerbomben ein
fahrender Zug beim Bahnhof von Laon in zwei Teile getrennt.

Paris, 4. Oktober. (W. L. V.) Amtlicher Bericht von
gestern nachmittag. Zwischen Souchez und dem Wald von
Givenchy versuchte der Feind viermal uns mit Granaten einige
Schützengrabenabteile wiederzunehmen, welche er verloren hatte. Er
wurde überall zurückgeworfen. In der Champagne wurde ein
deutscher Gegenangriff gegen die Stellungen, welche wir am 1. Ok-
tober nördlich von Le Mesnil erobert hatten, gleichfalls zurück-
geschlagen. Der Feind bombardierte mit Geschossen, die betäubende
Gas verbreiteten, die Linie hinter unserer Front, besonders im Tale
der Suippe. Unsere Artillerie nahm die feindlichen Batterien unter
Feuer und brachte mehrere zum Schweigen. Auf der übrigen Front
war die Nacht ruhig.

Paris, 4. Oktober. (W. L. V.) Amtlicher Bericht von
gestern abend. Im Artois rückten wir vor, indem wir ein
Blockhaus und Schanzarbeiten südlich des Gehölzes von Givenchy
einnahmen. Gegenfeitiges ziemlich heftiges Bombardement südlich
von der Somme, in der Umgebung von Beaufort und Boudoir
sowie auf der Front in der Champagne, in den Argonnen und nörd-
lich von La Paroisse. In den Vogesen versuchte der Feind ohne
Erfolg brennende Flüssigkeiten gegen unsere Schützengraben am
Blau (zwischen dem Bah von Marlich und dem Basse von Diebolds-
hausen) zu spritzen. Wir antworteten, indem wir seine Minen-
arbeiten durch eine wirksame Gegenmine zerstörten. Eine Flugzeug-
gruppe bombardierte Sonntagmorgen den Bahnhof, die Eisenbahn-
brücke und militärische Bauten in Luxemburg.

Beschießung der belgischen Küste.

Rotterdam, 4. Oktober. (W. L. V.) Der „Rotterdamische
Courant“ meldet aus Cadzand unter dem 3. Oktober: Heute
früh um 6 Uhr beschossen englische Kriegsschiffe wiederum die
belgische Küste. Nachdem sie eine Anzahl Schiffe abgefeuert
hatten, fuhren sie wieder ab. Man konnte die Schiffe durch
den Nebel nicht sehen. Als der Nebel sich verzog, bemerkte
man über Zeebrügge schwere Rauchwolken. Flugzeuge flogen über
die Küste hin und wurden von den Deutschen heftig beschossen.
Ein französischer Zerstörer mit einem englischen Offizier an
Bord mußte in der Gemeinde Zuidzande am Antwerpener
Volker eine Notlandung vornehmen. Der Offizier wurde
interniert.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
4. Oktober 1915. (W. L. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Gestern früh erschienen vor Zeebrügge fünf
Monitore und legten ein wirkungsloses Feuer auf die
Küste; drei belgische Bewohner fielen dem Feuer zum
Opfer. Unsere Küstenartillerie traf einen Monitor, der
schwer beschädigt abgeschleppt werden mußte.

Gegen die englische Front nördlich von Doss,
aus der nachts ein vergeblicher Ausfall gegen unsere
Stellung westlich von Haldens unternommen wurde,
machten die Angriffsarbeiten weitere Fortschritte. Südlich
des Souchez-Waldes konnten sich die Franzosen in
einem kleinen Grabenstück an der Höhe nordwestlich
Givenchy festsetzen. Südlich dieser Höhe wurden französische
Angriffe abgeschlagen. Das 40 Meter lange Grabenstück
nordöstlich von Neuville wurde von uns wieder genommen.

In der Champagne setzten gestern nachmittags die
Franzosen in der Gegend nordwestlich von Massiges und
nordwestlich von Bille sur Tourbe vergeblich zum Angriff
an. Ihre Ansammlungen wurden unter konzentrisches
Feuer genommen. Ein starker Nachtaugriff gegen unsere
Stellungen nordwestlich von Bille sur Tourbe brach im
Artillerie- und Maschinengewehrfeuer unter schweren Ver-
lusten zusammen.

Der Bahnhof Chalons, der Hauptsammelort des
Nachschubes für die französische Angriffsgruppe in der
Champagne ist, wurde heute nacht mit sichtbarem Erfolg
von einem unserer Luftschiffe mit Bomben belegt.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Die Russen schritten gestern nach ausgiebiger Artillerie-
vorbereitung fast auf der ganzen Front zwischen Postawy
und Smorgon in dichten Massen zum Angriff, der unter
unmöglichem starken Verlusten zusammenbrach; nächste
Teilunternehmungen blieben ebenso erfolglos.

Auch südwestlich von Lennawaden (an der Düna)
wurde ein feindlicher Vorstoß abgewiesen.

Bei den anderen Heeresgruppen ist die Lage un-
verändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 4. Oktober. (W. L. V.) Amtlich wird ver-
lautbart: Wien, 4. Oktober 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Der gestrige Tag verlief ohne besondere Ereignisse; die Lage
blieb unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Tiroler Front einfallenden die Italiener eine
lebhaftere Tätigkeit, die auf den Hochflächen von Vielgereuth
und Lafran zu größeren und andauernden Kämpfen führte. Im
Tonalegebiet wurde ein nach heftigem Artilleriefeuer gestern abend
angeförderter Angriff des Feindes auf die Albidoshöhe blutig abge-
wiesen. Auf der Hochfläche von Vielgereuth standen unsere
Stellungen auf dem Plaut (nördlich des Maronaberges) seit
frühem Morgen unter dem Schnellfeuer schwerer und mittlerer
Geschütze. Vormittags gingen von der bereit gestellten feindlichen
Infanterie schwache Abteilungen zu einem vergeblichen
Angriff vor. Abends erneuerte der Gegner diesen An-
griff mit starken, hauptsächlich aus Bersaglieri- und
Alpinttruppen zusammengesetzten Kräften und kam nahe an unsere
Hindernisse heran. In der Nacht gelang es ihm, einen feld-
mäßigen Stützpunkt zu nehmen. Unsere Truppen warfen ihn
jedoch nach hartnäckigem, bis in die Morgenstunden währendem
Kampfe wieder hinaus. So blieben alle Stellungen in unserem
Besitz. Auf der Hochfläche von Lafran zwang schon unter Ge-
schützfeuer die vorgehende Infanterie zu verlustreichem Rückzuge.
Auch im Raume von Buchenstein wurde das Vorgehen schwächerer
Abteilungen leicht vereitelt. An den übrigen Fronten keine wesent-
lichen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der unteren Drina lebhafteres Geplänkel. Sonst Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hofer, Feldmarschallsleutnant.

Neue Schlachtfelder.

Russisches Ultimatum an Bulgarien.

Der russische Gesandte in Sofia ist beauftragt
worden, unverzüglich dem Ministerpräsidenten
Radoslawow folgende Note zu überreichen:

Die Ereignisse, die sich gegenwärtig in Bulgarien ab-
spielen, bezeugen den endgültigen Entschluß der Regie-
rung des Königs Ferdinand, das Schicksal des Landes
in die Hände Deutschlands zu legen. Die Antwesen-
heit deutscher und österreichischer Offiziere im Kriegs-
ministerium und bei den Generalstäben der Armee, die Zu-
sammenziehung von Truppen in dem an Serbien
stoßenden Gebietsteile und die weitgehende finanzielle
Unterstützung, welche das Kabinett in Sofia von
seiten unserer Feinde angenommen hat, lassen keinen
Zweifel mehr über das Ziel der gegen-
wärtigen militärischen Vorbereitungen der
bulgarischen Regierung zu. Die Mächte der
Entente, die sich die Verwirklichung der Bestrebungen des
bulgarischen Volkes haben angelegen sein lassen, haben den
Ministerpräsidenten Radoslawow zu verschiedenen Malen
darauf aufmerksam gemacht, daß sie jede Serbien
feindliche Handlung als gegen sich gerichtet
ansehen würden. Die von dem Vorstehenden des
bulgarischen Kabinetts als Antwort auf diese Warnungen
reichlich abgegebenen Versicherungen sind durch die Tatsachen
widerlegt worden. Der Vertreter Rußlands, das mit Bulgarien
durch die unergänzliche Erinnerung an Bulgariens Befreiung vom
türkischen Joch verbunden ist, kann nicht durch seine Anwesen-
heit die Vorbereitungen zu einem brudermörderischen Angriff
auf ein slawisches Volk und einen Verbündeten gutheißen.
Der russische Gesandte hat darum Auftrag er-
halten, Bulgarien mit dem gesamten Personal
der Gesandtschaft und Konsulate zu ver-
lassen, wenn die bulgarische Regierung nicht
binnen 24 Stunden offen die Beziehungen zu
den Feinden der slawischen Sache und Ruß-
lands abbricht und wenn sie nicht unverzüglich dazu
schreitet, die Offiziere zu entfernen, welche
Armeen der Staaten angehören, die sich mit den
Mächten der Entente im Kriege befinden.

Das russische Ultimatum frönt an einem inneren Wider-
spruch, denn wenn man in Petersburg von dem endgültigen
Entschluß der bulgarischen Regierung überzeugt ist, „das
Schicksal des Landes in die Hände Deutschlands zu legen“, hat
es wirklich keinen Sinn mehr, innerhalb 24 Stunden den Ab-
bruch der Beziehungen zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn
zu fordern. So war die Note nur noch eine Sache der Form,
und inzwischen wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Konse-
quenz schon gezogen sein, die das Schriftstück ankündigte. Ein
Staat mehr ist in den Weltkrieg hineingerissen: Bulgarien
kämpft an der Seite der Zentralmächte gegen den Vierverband.

Seit Wochen war die Weltung vorauszu sehen. Als
das Königreich sich mit der Türkei über die Erweiterung seiner
Grenzen bis vor die Tore von Adrianopel verständigt
hatte, gab es für die Diplomaten der Entente keine Hoff-
nungen mehr. Wenn von Paris, London und Petersburg
trotzdem nach wie vor optimistische Berichte in die Welt gesteuert
wurden, und wenn man selbst nach dem Mobilmachungsbefehl
für die bulgarische Armee noch immer von der Möglich-
keit unangenehmer Ueberraschungen für Deutschland redete,
so nahm man sich dabei wohl selbst nicht recht ernst. Es wäre
zwecklos, jetzt in eine Unterfuchung darüber einzutreten, ob
es irgendwann im Laufe des Krieges Momente gegeben hat,
in denen zu Sofia Neigungen für ein Eingreifen an der Seite
Rußlands bestanden, ob die Fehler der Ententegegnenden
oder ob die Erfolge der deutschen Heere den Ausschlag für
die Entscheidung Bulgariens gegeben haben — es liegt jetzt
die fertige Tatsache vor, und ein neuer Faktor muß in die
strategischen und politischen Berechnungen eingestellt werden.

Mit einem Schlage kehrt der Krieg sozusagen zu seinem
Ursprung zurück. Er ging aus von den Schüssen zu Sarajewo
und jetzt richtet sich wieder die allgemeine Aufmerksamkeit auf
die Bühne betreten hat, naturgemäß die Blicke auf sich zieht,
sondern weil wir das Gefühl haben, daß im Südosten
Europas die Entscheidung fallen wird. Auf den übrigen
Schlachtfeldern werden große Taten getan, aber mehr und
mehr scheint der Brennpunkt des Ringens auf der Balkan-

halbinsel zu liegen, und wir blicken nach Konstantinopel, dessen Schicksal das Schicksal Europas bedeuten kann.

Bulgarien will die Teile Mazedoniens wiedererobern, die ihm der Friede von Bukarest im Jahre 1913 genommen hat. Es zieht sein Schwert gegen Serbien. Im gleichen Augenblick unterläßt es die deutschen und österreichischen Truppen, die sich von Ungarn her den Weg nach dem Bosphorus bahnen wollen. Der Vierverband tritt den Bulgaren entgegen, weil er das alliierte Serbien dem Ansturm der Uebermacht nicht preisgeben will, aber mehr als das Gesicht Serbiens berührt ihn die Frage nach der Zukunft der Dardanellen. Dringen die Deutschen und die Oesterreicher bis zum Goldenen Horn vor, so haben sie einen Trumpf in der Hand, gegen den auch stärkere Spieler als Franzosen, Engländer und Russen nicht viel mehr anzurichten vermögen.

Wie nun werden die Verbündeten die drohende Gefahr zu bewähren suchen? Auf diese Frage werden die nächsten Tage eine Antwort bringen. Doch schon heute steht so gut wie fest, daß sie Truppen in Saloniki landen wollen, um sie gegen die bulgarische Grenze zu werfen. Saloniki ist ein griechischer Hafen. Daß Griechenland sich dem Landungsberuf widerziehen werde, scheint ausgeschlossen, zweifelhaft ist nur noch, ob es offen auf die Seite der Feinde Bulgariens tritt, oder sich protestierend verweigernd löst. Eine Truppenlandung in Saloniki bedeutet aber eine Schwächung des Landungsheeres auf der Halbinsel Gallipoli. Welche Folgen hat das für die dortigen Operationen? Daraus kann die russische Flotte ein paar bulgarische Hafensplätze am Schwarzen Meer bombardieren. Der Landweg von Russland nach Bulgarien führt über Rumänien. Dieser Staat aber scheint weiter denn je von einem Einvernehmen mit dem Reich des Zaren entfernt zu sein, und daß die Petersburger Regierung es auf seine Feindschaft ankommen lassen würde, ist nicht anzunehmen.

Wir können und wollen nicht prognostizieren. Nur Schlachtfelder breiten sich vor unseren Blicken. Neue Massen ziehen in den Kampf. Ob ihr Ringen und ihr Tod dem deutschen Kapitäl den von vielen erträumten Weg von Berlin nach Bagdad öffnet, ob neue Verwickelungen, für die der Balkan noch immer allerlei Möglichkeiten bietet, das Weltbild in einer Weise umgestaltet, die heute noch außerhalb des Bereichs der Vermutungen liegt, muß die Zukunft lehren.

Der Vierverband bricht die Unterhandlungen ab.

Paris, 4. Oktober. (B. T. V.) Der „Temps“ meldet: Der Vierverband hat der griechischen Regierung mitgeteilt, daß die Vorschläge zurückgezogen worden seien, die Bulgarien gemacht worden waren, um seine Teilnahme an dem Kriege gegen die Türkei zu erlangen. Die Landung der Franzosen und Engländer in Saloniki ist unmittelbar bevorstehend.

General Hamilton in Saloniki.

Mailand, 4. Oktober. (B. T. V.) Der Sonderberichterstatter des „Corriere della Sera“ in Athen drahtet: General Hamilton, der Höchstkommandierende der englisch-französischen Dardanellenstreitkräfte, ist am Donnerstag unerwartet in Saloniki eingetroffen. Hamilton erklärte, beauftragt zu sein, die Ausschiffung der Truppen vorzubereiten, die die Verbandsmächte nach Mazedonien schicken und die zusammen mit dem griechischen Heer gegen den bulgarischen Angriff auf Serbien operieren würden. Die Nachricht von dem unerwarteten Besuche Hamiltons verursachte in diplomatischen Kreisen Athens große Bewegung. Die Lage erscheint allen sehr ernst. Die amtliche „Patrie“ schreibt dazu, Hamilton habe keinen Schritt unternommen, der beunruhigen könnte, da er nicht der erste fremde Offizier sei, der Saloniki passiere. Der einzige beunruhigende Umstand sei die Zusammenkunft Hamiltons mit dem griechischen General Roschopoulos, dem Kommandierenden General des III. Armee-Korps, von dem sich Hamilton verschiedene Anstöße für den Fall der Ausschiffung von nach Serbien bestimmten Truppen haben geben lassen. Roschopoulos habe sofort das Ministerium davon in Kenntnis gesetzt, und der Ministerrat prüfe die Frage sorgfältig. Das Blatt führt aus, daß die bloße Gegenwart Hamiltons in Saloniki augenblicklich noch keine diplomatischen Schritte Griechenlands verlange. Es würden einzig Erklärungen über die Unterredung Hamiltons mit Roschopoulos eingeholt. Im Fall einer Truppenlandung in Saloniki gebe es zwei Möglichkeiten für Griechenland: Wenn die Truppen des Vierverbandes wegen eines bulgarischen Angriffs auf Serbien gelandet würden, so würden die Vierverbandsmächte als Verbündete Griechenlands betrachtet werden. Wenn sie jedoch nach Serbien gingen, um den Serben Hilfe gegen deutsche Truppen zu leisten, so wäre der Durchmarsch ein Neutralitätsbruch und die griechische Regierung würde die nötigen Schritte tun. Der Berichterstatter des „Corriere della Sera“ fügt hinzu, daß Hamilton sich mit fünfzig Offizieren, vielen Pferden und einigen Automobilen in Saloniki ausgeschifft habe. Das Volk habe ihn freundlich empfangen. Hamilton habe mit seinen Offizieren eine Automobilsahrt um Saloniki unternommen. Man glaube, um einen günstigen Landungsplatz ausfindig zu machen.

Der Operationsplan der Entente.

Mailand, 4. Oktober. (B. T. V.) „Secolo“ meldet aus Rom, daß der Vierverband mit einer Wirkung des russischen Ultimatus an Bulgarien nicht rechnet. Die Übereinstimmung zwischen den Ententemächten sei vollständig. Während Russland Bulgarien längs der Küste des Schwarzen Meeres angreifen werde, würden englische und französische Truppen, die man in einem der bulgarischen Grenze nahegelegenen griechischen Hafen ausschiffe, sofort zusammen mit den griechischen Truppen angreifen und Serbien gleichzeitig gegen die bulgarische Grenze vorgehen. Italien werde auch im neuen Balkankriege auf Seiten der Alliierten stehen.

Das Expeditionskorps des Vierverbandes.

Kopenhagen, 4. September. (B. T. V.) „Politiken“ meldet aus Petersburg: Die Vertreter der Entente halten bereits am dritten Tage nach Beginn der Mobilmachung eine Unterredung mit Radoslawow, in welcher sie erklärten, wenn Bulgarien Serbien angreife, würde es auch mit Truppen der Alliierten zu kämpfen haben. Die Alliierten hatten damals bereits beschlossenen, Hilfstruppen nach Saloniki zu senden, und englische und französische Transportschiffe waren damals bereits nach Toulon gefahren, wo das Expeditionskorps versammelt und eingeschifft werden sollte. Der größte Teil dieses auf 150 000 Mann beziffernten Hilfskorps besteht aus Franzosen, der Rest aus Engländern. Die Mitteilung hiervon machte in Sofia einen starken

und überraschenden Eindruck, denn Bulgarien war auf solche Schritte nicht vorbereitet. Noch vor einigen Tagen hatte Radoslawow seinen Anhängern versichert, daß die Alliierten sich auf einen platonischen Protest beschränken würden. In seiner Unterredung mit Vertretern der Entente versicherte Radoslawow wiederholtlich, daß Bulgariens Mobilmachung nur zur Wahrung seiner Neutralität dienen solle. Die Diplomaten der Entente ließen sich auf keine Erörterung über den Gegenstand ein und erklärten nur, daß die Absendung des Hilfskorps nach Saloniki nur eine Vorsichtsmaßregel der Alliierten zum Schutze Serbiens darstellen würde.

Belagerungszustand in Athen.

Mailand, 4. Oktober. (B. T. V.) Mailänder Blätter erfahren aus Athen, daß der König gestern ein Dekret betreffend Verhängung des Belagerungszustandes über Athen und den Piräus unterzeichnet habe. Die Verfügung werde jedoch erst in einigen Tagen in Kraft treten.

Griechischer Einspruch gegen die Truppenlandung.

Mailand, 4. Oktober. (B. T. V.) Mailänder Blätter melden aus Athen: Der französische Gesandte übermittelte dem Ministerpräsidenten Venizelos folgenden Brief: Auf Befehl meiner Regierung beehre ich mich, Eurer Excellenz die Ausschiffung einer ersten Abteilung französischer Truppen in Saloniki anzuzeigen und gleichzeitig zu erklären, daß Frankreich und England, als Verbündete Serbiens, diesem Truppen zu Hilfe schiden, auch, um die Verbindung mit Serbien aufrechtzuerhalten. Beide Mächte zählen auf Griechenland, das bis heute stets alle Beweise seiner Freundschaft gab, damit es sich den getroffenen Maßnahmen nicht widersetze, die im Interesse Serbiens, mit dem es ja auch verbündet ist, getroffen wurden.

Venizelos antwortete hierauf: In Beantwortung Ihres Briefes habe ich die Ehre, Eurer Excellenz zu erklären, daß die königliche Regierung, die im europäischen Kriege neutral ist, die unternommenen Schritte nicht gut heißen kann, die der griechischen Neutralität einen um so empfindlicheren Schlag versetzen würden, als sie von zwei großen kriegsführenden Nationen unternommen werden. Die königliche Regierung hat deshalb die Pflicht, gegen den Durchmarsch fremder Truppen durch hellenisches Gebiet Einspruch zu erheben. Der Umstand, daß die Truppen allein zur Hilfe für Serbien, dem Bundesgenossen Griechenlands bestimmt sind, ändert in keiner Weise die juristische Lage der Regierung. Denn auch vom balkanischen Gesichtspunkte aus darf aus der Gefahr, die Serbien gegenwärtig bedroht und die Entsendung internationaler Truppen veranlaßt, vor der Verwirklichung des casus foederis kein Nachteil für die griechische Neutralität erwachsen.

Frenchs Tagesbefehl.

London, 4. Oktober. (B. T. V.) (Meldung des Reuterschen Bureau.) Der Tagesbefehl des Feldmarschalls French vom 30. September lautet: Wir haben jetzt das entscheidende Stadium der großen Schlacht, die am 25. September begonnen hat, erreicht. Unsere Bundesgenossen sind im Süden bis zu der letzten Verteidigungslinie des Feindes durchgedrungen, haben viele Gefangene gemacht und eine Anzahl Kanonen erbeutet. Das deutsche französische Armeekorps, das unmittelbar an unseren rechten Flügel anschließt, ist auf heftigen Widerstand gestoßen, hat aber einen glänzenden Erfolg erzielt und sich der wichtigen Stellung der Hügelkette von Bimh zu bemächtigen vermocht. Die Unternehmungen der britischen Truppen hatten großen Erfolg und führten zu bedeutenden Ergebnissen. Am 25. September früh gingen das erste und vierte Korps zum Angriff über und eroberten die erste und nächste Verteidigungslinie des Feindes, die sich von unserem äußersten rechten Flügel bei Grenah bis zu einem Punkte nördlich der Höhenzollern-Redoute über eine Strecke von 6500 Yards ausdehnte. Diese Stellung war ungewöhnlich stark. Sie bestand aus einer doppelten Linie mit großen Redouts und einem Netzwerk von Laufgräben. In kurzen Abständen waren auf der ganzen Linie bombensichere Unterstände eingerichtet. Das erste Korps, das in Reserve gehalten wurde, und die dritte Kavalleriedivision wurden nacheinander ins Gefecht gebracht, zum Schluß auch die 28. Division. Nach Beschüssen, wie sie in jedem großen Gefechte vorkommen, wurde die zweite feindliche Linie genommen. Zum Schluß wurde auch die beherrschende Stellung bei Loos, die als Hügel 70 bekannt ist, erobert. Hier wurde eine starke Linie dicht bei der dritten und letzten deutschen Linie gebildet und befestigt. Die wichtigsten Unternehmungen südlich des Kanals La Poffée wurden sehr erleichtert durch die unterjüngenden Angriffe des dritten und des indischen Korps sowie der zweiten Armee. Auch die Kämpfe des fünften Korps östlich von Ipern, bei denen einige wichtige Eroberungen gemacht wurden, kamen und sehr zu Hilfe. Dem Vizeadmiral Bacon schuldten wir ebenfalls vielen Dank für die Mitwirkung der Flotte. Wir machten mehr als 3000 Gefangene und eroberten 25 Kanonen, eine Anzahl Maschinengewehre, sowie eine Menge Kriegsmaterial. Der Feind erlitt schwere Verluste, besonders in den zahlreichsten Gegenangriffen, in denen er die Stellungen vergeblich zurückzuerobern versuchte.

Der Tagesbefehl erwähnt hierauf besonders anerkennend den General Sir Douglas Haig und die Kommandeure der Korps und der Divisionen, die unter seinem Befehle an dem Hauptangriff beteiligt waren. Ferner wird den Soldaten des alten und des neuen Heeres, sowie den Territorials Anerkennung für ihr mutiges Verhalten ausgesprochen.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 3. Oktober. (B. T. V.) Amtlicher Bericht vom 2. Oktober. Die deutschen Angriffe in der Gegend von Grochow dauern an, jedoch ohne Erfolg. Schwere deutsche Artillerie beschützt den Bahnhof Wivenhof (25 Kilometer südöstlich Jaloßhab). Durch die deutschen Angriffe bei Dwindl wurden unsere Truppen ein wenig zwischen der Eisenbahn und dem Swenten-See zurückgeworfen. Zwischen dem Meddum-See, südlich von Dwindl und dem Trisowath-See Artilleriekampf. Deshalb des Swenten-Sees warf unsere Kavallerie die Deutschen zurück. In dem darauffolgenden Bajonettkampf besetzten wir den Kirchhof bei dem Dorfe Czerezmjzha und das Dorf Stachowce am Südpfeil des Karocz-Sees (5 Kilometer nordöstlich). Nach Einnahme der genannten Orte wurde der Feind beträchtlich aus der Gegend der Eisenbahn Wileja-Polod nach Westen zurückgeworfen. In der Gegend des Dorfes Przewoz an der Wilia, nordöstlich Smorgon (4 Kilometer) wird der gestern begonnene heftige Kampf fortgesetzt. Bei dem Dorfe Salushe an der oberen Schischara, südlich Tschowitschi (7 Kilometer) warf eines unserer Bataillone den Angreifer von den Höhen zurück, verlor dabei nur 9 Mann. 2 Offiziere und 109 Mann wurden gefangen genommen. In der Gegend des mittleren Styr bei dem Dorfe Majdan, südöstlich Kolk, ein heftiger Kampf, welcher den ganzen Tag anhielt.

Die Grausamkeiten des Gegners, welcher ganz die Gewalt über sich selbst verliert, dauern an. Eine West südlich des

Dorfes Kulkowicze am Styr stromaufwärts auf Kolk (11 Kilometer) entdeckten zwei Soldaten eines unserer Kavallerieregimenter die Leichen von Offizieren, welche im Kampfe vom 28. September verwundet und gefangenengenommen worden waren. Den Leichen waren die Augen ausgestochen und die Zähne eingeschlagen, auch waren die anderen Verwundungen sichtbar, die von den Greuelstaten an Verwundeten zeugten. Diese Beweise sind um so zureichender, als die Leichen nicht auf dem Schlachtfelde gefunden wurden.

Im Schwarzen Meer feisch unsere Kriegsstotte von neuem die wiederhergestellten Kohlenminen, die zu Soguldal gehören. Die Batterien am Eingang des Hafens wurden schnell zum Schweigen gebracht.

Um die Schlußfolgerung des Berichts vom 30. September zu vervollständigen, teilt der Generalstab mit, daß die Operationen unserer Truppen in der Gegend von Wileja, welche noch nicht zum Abschluß gelangt sind, und mit großer Energie während mehr als zwanzig Tagen ausgeführt wurden, sich so gewendet haben, daß unsere Truppen die Offensive gegen den Feind ergriffen. Der versuchte Stoß der Deutschen gegen Wileja wurde schließlich zurückgewiesen und ihr Plan zerstört. Die mehrtägigen schweren Kämpfe, von deren Hartnäckigkeit die vorhergehenden Berichte des Gegners Zeugnis ablegen, wurden nacheinander aufgehoben und Verwirrung anrichtend zurückgewiesen. Die plötzlichen Vorstöße der Deutschen in der Gegend der Front Solh-Nolobeczno-Glubokoje (Endpunkt der Bahn von Swenzjanz, 95 Kilometer nach Osten)—Widly wurden nacheinander vereitelt. Der flüchtende Feind hatte enorme Verluste. Unser streng geregelter Uebergang von der Defensiv zur Offensive, welcher mit großer Geschwindigkeit und Ausdauer ausgeführt wurde, bewies den hohen Wert unserer Truppen.

Petersburg, 4. Oktober. (B. T. V.) Amtlicher Bericht des Stabes des Oberbefehlshabers vom 3. Oktober: Die deutsche Offensive bei Dünaburg in der Gegend der Eisenbahn südwestlich Jlyuzt wiesen wir durch Feuer ab. In der Linie der Seen von Meddum, Trisowath und Bogin Artilleriekampf. In der Gegend Grenzthal am Nordzipfel des Trisowath-Sees flüchteten die Deutschen nach Befehlung durch unsere Artillerie und räumten das Dorf Tylsha (vier Kilometer östlich Grenzthal). Der Versuch des Gegners, die Trisowata zwischen den Dörfern Kellshy und Juzschi südlich des Abole-Sees zu überschreiten, scheiterte. Ein Teil unserer Kavallerie verjagte die Deutschen aus dem Dorfe Porstuf südlich des Boginskoje-Sees (5 Kilometer). Viele Deutsche wurden bei einem Angriff unserer Kavallerie bei dem Dorf Demjatnik südlich Kozjany (9 Kilometer) niedergebaldet. Ein heftiger Kampf entbrannte bei dem Vorwerk Stachowce am Südpfeil des Karocz-Sees, welches wir durch einen Bajonettkampf eroberten. Im Gegenangriff, der durch Artilleriefeuer unterstützt wurde, warfen uns die Deutschen aus dem Vorwerk, aber wir setzten uns durch einen erneuten Angriff wieder in seinen Besitz. Während des ersten Angriffes auf das Vorwerk und das Dorf Stachowce erbeuteten wir acht Handgranaten und sechs Feldgeschütze; da es uns nicht gelang, dieselben vor dem Gegenangriff der Deutschen fortzuschaffen, machten wir sie unbrauchbar. Im Bajonettkampf nahmen wir die mit Schützengraben stark verstärkten deutschen Stellungen bei dem Dorfe Baltaguzh nordöstlich des Wiczniew-Sees (6 Kilometer). Zwei Angriffe des Gegners in der Gegend Swirchowicze südlich Smorgon (3 Kilometer) wiesen wir mit großen Verlusten für den Gegner ab. Die Deutschen, welche bei dem Orte Ljudschizja (23 Kilometer nordöstlich Nowogrod) den Njemen überschritten, wurden auf das linke Ufer des Flusses zurückgeworfen und zogen sich unter Zurücklassung von etwa 100 Toten eilig zurück. Am Styr in der Gegend des Dorfes Kowotjetti und Kulkowicze zwischen den Marktsiedeln Kolk und Czartoryst fanden einige kleine Gefechte statt.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 4. Oktober. (B. T. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend: Im Hochgebirge, wo bereits Stürme wüten und reichlich Schnee fällt, fanden keine Kämpfe statt, deren Ausgang uns günstig war, am Paß von Lago Suro, am Ausgang des Genobatales und am Pramiosopah in Kärnten. Im Abschnitt von Tolmeiz wurde ein feindlicher Angriff abgeschlagen, der gegen die von unseren Truppen auf der Santa-Maria-Höhe kurzlich eroberten Stellungen gerichtet war. Auf dem Rest der Front hat sich nichts Bedeutendes ereignet. Cadorna.

Feindliches U-Boot in der Ostsee.

Sahnis, 4. Oktober. (B. T. V.) Der Stettiner Dampfer „Ebonia“ der Reederei Kunstmann ist gestern kurz nach 5 Uhr nachmittags bei Arcona durch ein feindliches U-Boot mit Geschütz beschossen worden. Das Schiff ist bei Stubbekammer auf Strand gesetzt. Zehn Mann der Besatzung sind in Kolligerort gelandet, der Rest der Besatzung mit dem Kapitän und Steuermann ist nach Sahnis unterwegs. Die Leute erzählen, daß das U-Boot zunächst die deutsche Flotte führte, dann die englische Flotte folgte und auf 400 bis 500 Meter ohne vorherige Warnung den Dampfer beschossen habe. Daraufhin sei die Besatzung in die Boote gegangen.

Deutschland und Italien.

Berlin, 4. Oktober. (B. T. V.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In der Rede, die der italienische Minister Parzilai in Neapel gehalten hat, hat er behauptet, der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Freiherr von Wangenheim, habe acht Tage vor Ueberreichung des österreichisch-ungarischen Ultimatus an Serbien dem italienischen Botschafter Marquis Garroni gesagt, das Ultimatum werde so beschaffen sein, daß der Krieg unausbleiblich sei. Herr Parzilai folgert hieraus, daß es sich um einen Aggressivkrieg Oesterreich-Ungarns und Deutschlands gehandelt habe und Italien nur auf Grund des Dreibündnisvertrages, der sich nur auf einen Defensivkrieg beziehe, weder zur Beteiligung am Kriege noch zur Neutralität verpflichtet gewesen sei.

Wir stellen hiermit fest, daß Herr von Wangenheim zwar um die angegebene Zeit mit Marquis Garroni die aus der Zustimmung der österreichisch-ungarischen Beziehungen ersitzende Kriegsgefahr besprochen, die ihm nachgefragte Wendung aber nicht gebraucht hat und aus dem Grunde auch nicht gebrauchen konnte, weil ihm ebensovienig wie der deutschen Regierung der Wortlaut des österreichisch-ungarischen Ultimatus vorher bekannt war. Was die Schlußfolgerung Herrn Parzilaus betrifft, so ist sie ebenso unzutreffend. Artikel 4 des Dreibündnisvertrages, wie er im österreichisch-ungarischen Notbuch veröffentlicht worden ist, verpflichtete die Vertragsschließenden für den Fall zur wohlwollenden Neutralität, daß eine der Dreibündnisstaaten, in ihrer Sicherheit durch ein andere Großmacht bedroht, sich genötigt sehen sollte, der sie bedrohenden Großmacht den Krieg zu erklären. Dieser Fall lag am 1. August 1914 vor. Russland hatte durch die Mobilmachung seiner gesamten Streitkräfte die Sicherheit des Deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns bedroht und verweigerte die Zurücknahme dieser Maßregel. Beide Mächte schritten daher zur Kriegserklärung

an Rußland und das ihm zur Gefolgschaft verpflichtete Frankreich. Für Italien lag damit in Gemäßheit des Dreieckvertrages die Pflicht vor, Deutschland und Österreich-Ungarn gegenüber zum mindesten wohlwollende Neutralität zu beobachten. Von dieser Pflicht wurde Italien durch die Bestimmungen des Artikels 3 des Dreieckvertrages nicht entbunden, der die Verpflichtung zur Kriegsfolge behandelte und auf den Fall eines unprovokierten Angriffs auf einen der Vertragsschließenden durch zwei Großmächte beschränkte. Selbst wenn die italienische Regierung die Ueberzeugung gehabt hätte, daß ein deutsch-österreichischer Aggressivkrieg vorlag, war sie durch den klaren Wortlaut des Artikels 4 zur wohlwollenden Neutralität verpflichtet. Das hat die italienische Regierung selbst anerkannt. Am 3. August 1914 meldete die „Tribuna“, Marquis San Giuliano habe auf die Mitteilung von dem zwischen Deutschland und Rußland ausgebrochenen Kriege dem deutschen Botschafter erklärt, daß Italien gemäß dem Geiste und dem Wortlaut des Dreieckvertrages Neutralität beobachten werde.

Der Minister hat des weiteren in seiner Rede die Behauptung aufgestellt, daß als Italien sich von der Färberei die Eisenbahnkonzeption in Adalia habe geben lassen, die Deutsche Bank Agenten nach der betreffenden Zone geschickt habe, die unter dem Vorwande landwirtschaftliche Maschinen zu verkaufen, die Ländereien zu kaufen verjagt hätten, durch die die Eisenbahn habe führen müssen. Es sei hiermit festgestellt, daß die italienische Regierung sich bewußt war, daß die Gegend von Adalia zum mindesten zur Interessensphäre der deutschen Waggonbahngesellschaft gehörte. Bevor sie daher die Konzeptionserteilung für die Eisenbahn in Adalia bei der Post nachsuchte, bemühte sie sich darum, das Einverständnis Deutschlands zu erlangen. Dieses wurde ihr deutscherseits in bundesfreundlicher Gesinnung bereitwillig ausgesprochen. Auch hat die Kaiserliche Regierung die Erteilung der Konzeption an Italien bei der Post befürwortet. Ihren Dank hierfür scheint die italienische Regierung nunmehr durch den Minister Marzilli zum Ausdruck bringen zu wollen, an dessen Erzählung von der Entsendung der Agenten der Deutschen Bank zum Ankauf von Ländereien nach Adalia kein wahres Wort ist.

Eine Stimme aus Rußland.

Man ist in gewissen Kreisen geistlich bestrebt, die verschiedenen Ausgebungen der russischen Sozialdemokratie, die der Internationale treue ergeben sind, als Äußerungen von Emigrantenzirkeln hinzustellen, die angeblich keinen Einfluß auf die praktische Bewegung haben und in keiner Verbindung mit den Organisationen in Rußland stehen. Nun ist es nicht zu bestreiten, daß auch innerhalb der russischen Sozialdemokratie, jedoch im Auslande mehr als im Inlande, Abweichungen von internationalen Standpunkt und nationalitätschauvinistische Einflüsse zu verzeichnen sind. Die leitenden Parteinstanzen jedoch, mit der Dumafraktion an der Spitze, stehen treu zu der Politik, die von den „Emigrantenfremden“ im Auslande vertreten wird. Auf die allgemeine Haltung der sozialdemokratischen Dumafraktion einzugehen, erübrigt sich hier, da ihr Standpunkt aus den mehrfach von uns wiedergegebenen Deklarationen und Reden ihrer Vertreter bekannt ist. Daß diese Haltung den Anschauungen der in der praktischen Bewegung stehenden Parteigenossen entspricht, geht beispielsweise aus der bekannten Erklärung der Arbeitervertreter auf dem Kongreß zur Bekämpfung der Leuzerung hervor. In ähnlichem Sinne äußert sich auch die Redaktion des in Petersburg gegründeten (und mittlerweile von den Behörden geschlossenen) Arbeiterblattes „Utro“ („Der Morgen“) in seiner ersten Nummer. Wir führen diesen Artikel an, weil er ungemein bezeichnend ist für die Anschauungen, die unsere Petersburger Genossen, ungeachtet der Präventivenjur, propagieren. „Die erschütternden Ereignisse des Krieges — heißt es in diesem Artikel —, den die Demokratie nicht abzuwenden vermochte, haben in die Welt Demokratie und ihre einzelnen Sektionen eine beständige Zerrüttung hineingetragen. Der kollektive Gedanke, in den einzelnen Ländern zerfiel in eine Anzahl einander bekämpfender Strömungen (folgt ein Jenseits). Aber inmitten der Vermittlungen und Zerrörungen haben die gesunden ideellen Elemente der Demokratie, die sich allmählich erholt, durch eine Reihe ununterbrochener Bestrebungen gesucht, wieder auf den offenen Weg zu kommen, ihre Kräfte zu sammeln und sich neue reale Aufgaben zu stellen. Dieser Prozeß vollzieht sich sowohl auf europäischer wie auf nationaler Grundlage. Dieser Prozeß ist eine lebhafteste, erfreulichste Erscheinung. Freilich besteht eine vollständige ideale Gemeinsamkeit noch nicht, — eine solche kann noch nicht bestehen! — das ideale Schaffen gruppiert sich nach einer Reihe von Schattierungen, aber als Ganzes betrachtet, und ausgelöst (folgt ein Jenseits) trägt es in sich die Bürgschaft einer gemeinsamen gefundenen Richtungslinie der Demokratie. Unser Blatt stellt sich zur Aufgabe, diesen Prozeß der Ideenbildung in der Arbeiterdemokratie zu fördern, und auf diesem Gebiete wird es die Richtung der selbständigen Arbeiterpolitik zu vertreten, wie sie zurzeit von den verantwortlichen Elementen der Demokratie (d. h. der sozialdemokratischen Dumafraktion. D. R.) aufgefaßt wird.“

Politische Uebersicht.

Ein Mißbrauch Hindenburgs.

An dem hölzernen Standbild Hindenburgs in Berlin haben am dem Geburtstag des Feldmarschalls allerlei Ausgebungen stattgefunden. Sie wurden „gestiftet“ durch eine Rede, die Graf Ernst Reventlow, der bekannte Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“, nachmittags 5 Uhr vom Stapel ließ. In ihren wesentlichen Teilen war diese Ansprache ein Kampfruf und eine Hahnpredigt gegen England. Es hieß da: „Die Engländer haßen wir!“ hat Hindenburg gesagt. Auch hierin liegt für uns eine Lehre, um die uns keine ideemoralische Ermahnung bringen soll. (Weisfall.) Das Volk der Lüge und der Verleumdung, das dadurch diesen unmenneilichen Krieg über uns gebracht hat, das müssen wir haßen. Der Haß muß uns Deutschen den Blick scharf erhalten, damit wir nicht wieder die Verrätern britischer Staatskunst werden, wie schon so oft. Der einzelne Engländer kann ein anständiger Mensch sein; aber dieses Gebilde des britischen Reiches haßen wir als Inbegriff der Lüge und Verleumdung. Wir müssen unser Verstees daran sehen, daß dieses Reich gebrochen werde, daß es der Welt nicht mehr Schaden tun kann, daß die Ströme Blutes, die Tränen der Witwen und Waisen, die Leiden der Verblümmelten über dieses Reich kommen, das die Schuld daran trägt. . . Lassen wir uns nicht mehr durch die schändlichen Redensarten des alten Betrüggers England betrügen, wenn einmal Friedensverhandlungen kommen: wie brauchen 1815. Dann soll Hindenburgischer Geist und Ieiden. Wie der Feldherr immer wußte, was er wollte und konnte, so muß es auch der Staatsmann. Der Wille ist alles. Diesmal soll Deutschland zuerst kommen und dann noch einmal Deutschland und erst dann die anderen! (Weisfall.) Mit allen Mitteln in der Luft, auf der Erde, unter Wasser müssen wir dazu unsere Feinde bekämpfen, misshandeln und ohne Nachlassen.“

Da die Rede nicht etwa improvisiert und der Redner schon in den Vorgesetzten angeklagt war, ist die Frage wohl gestattet, in wessen Namen und Auftrag Graf Reventlow eigentlich das Wort ergriffen hat? Sprach er für den Bund der Landwirte, für die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ oder für wen sonst? Die große Masse der Berliner Bevölkerung wird jedenfalls mit dieser Art der Hindenburgheugung kaum einverstanden sein.

Und der Feldmarschall selbst? Er hat Ostpreußen befreit und den russischen Heeren schwere Niederlagen bereitet. Beurteilen wir ihn richtig, so wird es ihm genügen, wenn das deutsche Volk diese Leistungen dankbar anerkennt. Sein Ehrgeiz kann nicht dahin gehen, in einer Zeit, wo der Haß längst aufgehört hat, als Zeichen der Vaterlandsliebe zu gelten, und wo ihn selbst die „Kreuzzeitung“ verurteilt, als Prophet eines blöden Englandhasses gefeiert und von dem Grafen Reventlow als Schwurzeuge für die Politik einer zwar sehr lauten, aber doch kleinen Clique in Anspruch genommen wird.

Die Franzosen behaupten . . .

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeiffer schreibt für die, wenn wir uns recht erinnern, vor dem Kriege dem Freisinn nahestehende Ulsteinpresse Briefe von der Front. In seinem letzten führt er Klage darüber, daß die Franzosen im Oberelsaß absichtlich und systematisch ein Kloster beschließen, und dieser Fall dient ihm als ein Beweis für die Ungerechtfertigkeit der Behauptung, nur die Deutschen seien es, die kirchliche Gebäude zerstörten. Wir lassen diesen Beweis gelten, aber eine Kritik verdienen die Sätze, mit denen Herr Maximilian Pfeiffer seinen Bericht einleitet. Sie lauten:

„Die Franzosen behaupten, und behaupten es nicht nur im eigenen verblendeten und Vernunftverwägungen verschlossenen Lande, sondern auch im Auslande, der ganze Krieg sei nichts anderes als ein Krieg gegen die katholische Kirche in Frankreich. Diesen Unsinne vermehrt man durch die Ausschmückung, es seien die deutschen protestantischen Regimenter gegen Belgien und die katholischen gegen das orthodoxe Rußland geschickt worden.“

Die Franzosen behaupten . . . Wer das so liest, könnte glauben, ganz Frankreich sehe den Krieg so an, wie es hier geschildert wird; die Franzosen ganz allgemein seien in dem verrückten Gedanken befangen, Deutschland führe einen Krieg gegen die katholische Kirche. Tatsächlich ist es nur ein sehr kleiner Bruchteil der Bevölkerung Frankreichs, der eine derartige Ansicht vertritt; Maurice Barrès im „Echo de Paris“ und einige seiner kirchlichen Freunde, ungefahr dieselben Leute, die auch den Erfolg an der Marine dem unmittelbaren persönlichen Eingreifen der Jungfrau von Orléans zuschreiben. Sie als die Franzosen zu bezeichnen, heißt ihre Bedeutung gewaltig überschätzen und heißt die deutsche öffentliche Meinung über den Seelenzustand der französischen Republik irreführen.

Der Abg. Pfeiffer gilt als ein kluger und verhältnismäßig vorurteilsloser Mann. Sollte er sich nicht selbst sagen, daß es verhängnisvoll ist, in dieser Weise zu verallgemeinern? Wahrscheinlich würde er wenig davon erbaut sein, wenn ein Pariser Blatt gewisse Dinge, die in Deutschland über den Krieg geschrieben worden sind, so mit drei Worten allen Deutschen in die Schuhe schiebe. Der Krieg hat allenthalben eine Verwischung der Nuancen zur Folge, aber das heißt doch nicht, daß nun in allen Nationen einmütige Meinungen über alle mit dem Krieg zusammenhängenden Fragen bestehen und daß für jede Bosheit und jede Dummheit alle Glieder die gleiche Verantwortung tragen. Nichts ist falscher, als Franzosen, Engländer, Russen usw. als Massen mit vollständig einheitlichen Ueberzeugungen und Auffassungen hinzustellen und um der Zukunft willen nichts Bedenklicher, als die Klarheit einer kleinen Minorität für die Weisheit eines ganzen Landes auszugeben.

Das tägliche Brot.

Ein umständliches Verfahren.

Die im Reichsamt des Innern über die Kartoffelversorgung gepflogenen Verhandlungen sind nach einer Mitteilung des „Berliner Tageblatts“ zum Abschluß gekommen, aber sie haben leider nicht die Ergebnisse erzielt, auf die die Masse der Bevölkerung hoffte. Von Höchstpreisen und Beschlagnahme ist keine Rede, es soll nur eine Art von Verstaatlichung der Kartoffelversorgung durchgeführt werden.

Die bereits bestehende „Reichsstelle für Kartoffelversorgung“ wird künftig aus einer Verwaltungsabteilung und einer Geschäftsabteilung bestehen, die als „G. m. b. H.“ eingerichtet und unter Beteiligung des Reiches, der Bundesstaaten, der Städte und sonstiger Kommunalverbände, der Konsumgenossenschaften uhm. ins Leben gerufen werden soll. Die neue Zentralstelle stellt zunächst den Bedarf der Städte, der Konsumvereine usw. fest. Für den angemeldeten Bedarf erhalten die betreffenden Verbände Bezugs Scheine, auf die sie — sei es direkt, sei es durch Vermittlung des Handels — beim Produzenten einkaufen. Der gesamte angemeldete Bedarf wird seitens der Reichsstelle auf die einzelnen Landkreise „verteilt“ und seitens der Kreisverwaltung (Landratsämter usw.) nach Maßgabe der Anbaufläche auf die einzelnen Besitzer umgelegt. Allerdings werden von dieser Umlegung voraussichtlich nur die Besitzer von mehr als 100 Zentnern betroffen werden. Die auf den einzelnen entfallende Kartoffelmengen stellt die untere Behörde „fider“, d. h. der Erzeuger kann diesen Teil seiner Kartoffelernte nur an die Reichskartoffelstelle oder gegen den Bezugschein an eine Stadtverwaltung usw. verkaufen. Für den Verkauf dieser Mengen wird durch den Bundesrat ein „Übernahmepreis“ festgesetzt, der sich entsprechend den Bestimmungen des Höchstpreisgesetzes, genau nach Sorte und Qualität richtet. Weigert sich der Eigentümer, die auf ihn entfallende Menge „fider“ zu stellen oder zu dem Übernahmepreis zu verkaufen, so kann die Zentralstelle zur Enteignung schreiten. Wie die Städte dann den Weitertrieb der Kartoffeln an die Verbraucher einrichten sollen, steht noch nicht fest; wahrscheinlich wird man aber zu einem Abkalmopol der Städte, also zu einer „Verstaatlichung“ der Kartoffelversorgung, kommen.

Wir warten zunächst ab, ob und in welcher Form der Bundesrat diese Beschlüsse sanktionieren wird, und fragen uns einstweilen nur, warum ein so komplizierter Apparat eingerichtet wird, wo das Notwendige wirklich mit einfacheren Mitteln hätte erreicht werden können. Geht es etwa so, weil man sich Scheu, den durch die reiche Ernte gebotenen niedrigen Höchstpreis festzusetzen?

Künstliche Futtermittelerzeugung.

Der gegenwärtige Fleischmangel und die Fleissteuerung werden bekanntlich auf das teure Futter zurückgeführt, das die Viehzucht nicht mehr lohnend erscheinen läßt. Wie aber mitunter die Teuerung der Futtermittel künstlich herbeigeführt wird, darüber orientiert der nachfolgende gravierende Fall: Die Stadt Breslau hat ihre Nieselwiesen an den Verwirtschafter des Dominiums Weidenhof zum Preise von etwa 17,50 Mark pro Morgen verpachtet. Der Herr nutzt das ihm übergebene Land, indem er es in Parzellen zerlegt und an kleine Stellenbesitzer und Häuser weiterverpachtet, und zwar den Morgen für 45—50 Mark, also für das Dreifache dessen, was er selbst zahlt. Dieser Tage aber erhielten seine Pächter, wie gesagt lauter kleine Leute, folgende Zuschrift:

Wir können Nieselgras für das Jahr 1916 nur dann an Sie verpachten, wenn bis dahin die volle Pacht für das Jahr 1915 bezahlt ist.

Gleichzeitig erlauben wir uns, darauf aufmerksam zu machen, daß der Morgen Nieselgras für das Jahr 1916 75 Mark kostet, und eine Anzahlung von 25 Mark pro Morgen bei Empfang des Schlüsselweines zu entrichten ist.

Sollten Sie bis 1. November d. J. von uns kein Nieselgras gepachtet haben, so nehmen wir an, daß Sie für das Jahr 1916 auf Nieselgras verzichten. Länger als bis zum 1. November d. J. können wir für Sie kein Nieselgras reservieren.

Hochachtungsvoll

Dominium Weidenhof, Kreis Breslau.

Also ohne daß ihm selbst die geringsten Mehrausgaben entstehen — er erhält bis zum Jahre 1928 sein Land zum alten Preise von 17,50 Mark — sehr dieser Agrarier die Pachtsumme für den Morgen um 25 Mark, auf 75 Mark, herauf? Die Bepflanzung der Betroffenen ist grenzenlos, denn da sie auf das Futter der Nieselwiesen angewiesen sind, können sie kaum noch Vieh halten, selbst die gegen-

wärtigen Freizeitereien auf dem Weizenfeld würden die Mehrausgaben nicht aufwiegen. Sie müssen ihre paar Tiere verkaufen und die Viehhaltung einstellen. Der Fleischmangel wird verschärft!

Wucher allenthalben.

Die dringende Notwendigkeit eines baldigen Einschreitens der Regierung gegen den Kartoffelwucher wird durch immer neue Beispiele erhärtet:

Der Vorsitzende des Bezirksverbandes der Antischwermühlerei Zwidau, Amtshauptmann Dr. Jani, erläßt folgende Mahnung: In den letzten Tagen sind mir gegenüber mehrfach Klagen aus dem Bezirk darüber laut geworden, daß die Kartoffeln, obwohl die Ernte in vollem Gange ist und gute Ergebnisse verspricht, von den Landwirten und Händlern nur zu Preisen abgegeben werden, die für die jetzige Jahreszeit ungewöhnlich hoch sind, ja daß vielfach mit dem Verkauf der Kartoffeln überhaupt zurückgehalten werde. An die Landwirte und Händler meines Bezirkes richte ich daher die Aufforderung, dafür besorgt zu sein, daß den berechtigten Wünschen der Bevölkerung, die Kartoffeln, dieses wichtige Volksnahrungsmittel, preiswert zu erwerben, dadurch ermöglicht wird, daß der Verkauf derselben nun alsbald in größerem Umfang und zu niedrigeren Preisen, als bisher, erfolgt.

Der gute Wille des Herrn Amtshauptmanns in allen Ehren, aber was wird seine Aufforderung helfen?

Ein Landrat gegen den Kartoffelwucher.

Der Landrat des Kreises Girichberg i. Schl. wendet sich mit folgender amtlicher Bekanntmachung im Kreisblatt gegen den Kartoffelwucher:

Die Lebensmittelpreise, insbesondere die Kartoffelpreise, haben im hiesigen Kreise stellenweise eine durchaus unberechtigte Höhe erreicht. Wenn Kartoffeln zu 6 Pf. für das Pfund verkauft werden, während im Großhandel der Preis etwa 3,50 Mark für den Zentner beträgt, so kann dies nur als Lebensmittelwucher bezeichnet werden. Ich mache darauf aufmerksam, daß nach § 5 der Bundesratsverordnung vom 23. Juli derartige Wucher mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 10.000 Mark bestraft werden. Außerdem kann nach der Bundesratsverordnung vom 2. September d. J. Handelsleuten, die übermäßige Preise fordern, die Ausübung des Gewerbes untersagt werden. Die Polizeibehörde ermahnt ich, den Lebensmittelhandel zu überwachen und bei unbedingten hohen Preisforderungen Anzeige sowohl an die Staatsanwaltschaft als auch an mich zu erstatten.

Es ist sehr stark zu bezweifeln, daß sich die Wucherer durch die Strafandrohungen von ihrem verbrecherischen Treiben abbringen lassen. Dazu ist der Profit bei ihnen zu groß!

Der Kriegsegen der Spirituszentrale.

Der Bevölkerung werden die Kartoffeln vorenthalten, dafür sind sie den Brennereien um so reichlicher zugefloßen.

Die Brennereien haben — Herr v. Gerlach weist in der „B. a. R.“ darauf hin — noch im Spätfrühjahr ein Extrageschäft gemacht. Als damals das Reich nicht recht wußte, wohin es mit seinem Ueberfluß an Kartoffeln sollte, ließ es Mengen von Kartoffeln durch die privaten Brennereien in Spiritus verwandeln. Als Lohn wurde ausgemacht, daß die Brennereien die Schlempe behielten. Das amtliche Organ der Spiritusindustrie, die „Zeitschrift für Spiritusindustrie“, bezeichnete selbst diesen Lohn als „angemessen“. Ueber den „angemessenen“ Lohn hinaus aber erhielten die Brennereien noch einen sehr erheblichen Profit dadurch, daß sie für 24 Zentner Kartoffeln nur einen hektoliter Spiritus abzuliefern brauchten, während man sonst davon ausgeht, daß 18 Zentner einen Hektoliter ergeben! Der Starkverlust der Kartoffeln im Sommer kann diese für die Brennerei glänzende Abmachung mit dem Reich nicht rechtfertigen, da er durch den Wasserverlust haderlich kompensiert wird.

Am 9. September hat die Spiritus-Zentrale den Abschlagspreis für Spiritus wieder einmal erhöht, und zwar auf 62 Mark pro Hektoliter. Der Abschlagspreis stellt, wie schon sein Name besagt, nur einen Teil des den Brennern schließlich gezahlten Preises dar. Zumehrte ist es lehrreich, zu wissen, daß der Abschlagspreis jetzt angesichts einer Reformente 62 Mark beträgt, während er in normalen Jahren sich um 42 Mark herum bewegt.

Das Petroleum ist teuer. Der Spiritus könnte verhältnismäßig billig sein. Aber die Zentrale hat durch ihre Preispolitik auch diesen Brennstoff über Gebühr verteuert.

Höchstpreise für Erzeugnisse der Milchwirtschaft in Bayern.

Das stellvertretende bairische Generalkommando hat Höchstpreise für Erzeugnisse der Milchwirtschaft festgesetzt, die mit Wirkung vom 1. Oktober in Kraft treten. Die Festsetzung erstreckt sich nicht nur auf Erzeuger- und Handelspreise, sondern auch auf die Preise beim Verkauf an den Verbraucher. Zur Verhinderung einer den Bedarf der Heeresverwaltung und der einheimischen Bevölkerung schädigenden Ausfuhr aus dem Korpsbezirk und gleichzeitig zur Regelung und Ueberwachung des ganzen Verkehrs mit milchwirtschaftlichen Erzeugnissen ist durch die Verordnung eine Verteilungsstelle eingerichtet worden, durch die der ganze Verkehr mit den einschlägigen Erzeugnissen gehen muß. Es wird auch Sorge der Verteilungsstelle sein müssen, bei den ausgeführten Erzeugnissen durch Anfragen an den Verbrauchsorten zu prüfen, ob die bezahlten Einkaufspreise (Höchstpreise) dem Weiterverkauf zugrundegelegt werden. Die Verweigerung der weiteren Abgabe von Milcherzeugnissen aus dem Korpsbezirk an Geschäftsinhaber, denen Ueberforderungen nachgewiesen werden können, wird auch hier ein rasch durchführbares, wirksames Verfahren sein und darf schätzen, daß der Handel außerhalb des Korpsbezirktes durch die Höchstpreise übermäßigen Gewinn ziehen kann. Bemerkenswert ist, wie die neue Verordnung begründet wird. Am 31. Juli 1915 waren Höchstpreise für Käse festgesetzt worden, durch die Richtlinien für die Preise der anderen Milcherzeugnisse und der Milch selbst gegeben werden sollten. Der Versuch ist nun fehl, denn „der gute Wille, dies zu erkennen, selbst zum Teil in den beteiligten Kreisen, und die kurze Zeit, welche die Verordnung in Kraft war, genigte, um Insitzen zu zeitigen, die jeden realen Handel und Verkehr in dieser Sparte ausschlossen.“

Wann wird man in anderen Teilen des Reiches dem bayrischen Beispiel folgen?

Letzte Nachrichten.

Die Truppenlandung in Saloniki.

Mailand, 4. Oktober. (W. T. V.) Aus Athen wird dem „Secolo“ gedrahlet: Die Vertreter Frankreichs und Englands haben über die Bedeutung der Landung von Truppen der Entente in Saloniki Erklärungen abgegeben, in denen es heißt: Obgleich die Landung verfrüht erscheinen könnte, sei sie in Wirklichkeit durch die Notwendigkeit gegeben, die Verbindungswege mit Serbien, die ein rascher bulgarischer Vormarsch unterbrechen könnte, zu verteidigen. Die Alliierten müßten Serbien zu Hilfe eilen und gleichfalls das bedrohte Griechenland sicherstellen. Die Alliierten erschienen also auf dem Balkan als Freunde, wie sie es immer gewesen. Ihr Vorgehen entspreche außerdem einem Wunsche der griechischen Regierung, der schon im vergangenen Frühjahr ausgedrückt worden sei, als Gounaris am Ruder war.

Inzwischen vollzieht sich die Landung von Truppen der Alliierten in Saloniki unter dem Befehl des Generals D'Ama.

Gewerkschaftliches.

Errichtung einer Zentralstelle für die Arbeitsnachweise der Provinz Brandenburg.

Ueber dieses Thema referierte am Sonntag Adolf Cohen in einer gutbesuchten Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolvermacher und der Rundschleifer. Der Redner ging auch auf die allgemeine Frage der Regelung der Arbeitsvermittlung ein, die wieder durch den Krieg, seine Begleiterscheinungen und voraussetzlichen Folgen besonders in den Vordergrund gehoben wurde. Unter anderem führte Redner aus:

Im März habe der Reichstag durch Annahme einer Resolution an den Bundesrat die Aufforderung gerichtet, den Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitsnachweise auszuarbeiten und vorzulegen. Der Wille des Reichstags sei dabei dahin gegangen, daß durch die verlangte reichsgesetzliche Regelung die Arbeitsvermittlung ganz auf ihre Aufgabe beschränkt, das heißt ganz aus dem Kampfgebiet zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgeschieden werden solle. Es stehe nun jetzt schon fest, daß in bezug auf die Arbeitsnachweise sich nicht geändert habe die Auffassung derjenigen Arbeitgeberkreise, die gewohnt waren, den Arbeitsnachweis als Machtmittel gegenüber den Arbeitern zu benutzen. Der Gegensatz dieser Kreise zu einer wirklichen Regelung der Arbeitsvermittlung durch Gesetz sowie zu einer damit naturgemäß zusammenhängenden reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung sei der alte geblieben. Das gehe aus verschiedenen Äußerungen in der Arbeitgeberpresse ganz klar hervor. Er wolle nur auf Ausführungen in der „Deutschen Wirtschaftszeitung“ verweisen, die dort Kommerzienrat Biese, der Direktor der großen Schiffsbauwerkstatt in Danzig und Elbing, in der Nummer vom 1. Juni 1915 gemacht habe. In den Ausführungen des Herrn käme mit Bezug auf eine eventuelle gesetzliche Arbeitslosenversicherung sogar die Bemerkung vor, vorher werde man noch „die Prämie für Nichtstun, für Faulheit vom Staate erfahren haben.“ Gegenüber diesem einen Satz helfe alles Gerede vom besseren sozialen Verständnis der Arbeitgeber nichts. Dieselben Leute seien es auch, die wohl die Reichsregierung bewegen hätten, in der Reichstags-Sitzung vom 19. März durch den Mund des Staatssekretärs Dr. Dehler die Erklärung abzugeben, daß die jetzige Zeit für die dauernde Lösung der Arbeitsnachweisfrage nicht geeignet sei und man das bis nach dem Kriege vertagen müßte, während die für die Kriegszeit notwendigen Maßnahmen auf die Kriegszeit zu beschränken wären.

Was nun die Maßnahmen für die Kriegszeit angehe, nämlich die Maßnahmen zur Verschaffung von Arbeitsgelegenheit für die heimkehrenden Kriegsteilnehmer, so könnte eine nicht rechtzeitige Vorbereitung schlimme Wirkungen aller Art haben. Für die Heimkehrenden müsse man sorgen, und das habe man auch erkannt. Redner ging nun auf die zu diesem Zweck abgehaltenen Konferenzen ein, erklärte an der Hand praktischer Beispiele das Ausschlußmittel des vom Reichsamt des Innern herausgegebenen Arbeitsmarkt-anzeigers für ungeeignet und kam dann auf die Errichtung der Zentralauskunftsstelle für die Arbeitsnachweise der Provinz Brandenburg zu sprechen, der er als Mitglied des Beirates und als Mitglied des Vorstandes des Beirates angehört. Bekanntlich ist Dr. Freund, der Vorsitzende des Verbandes Märklischer Arbeitsnachweise, Vorsitzender der Zentralstelle geworden. Redner bezeichnete es als ein starkes Stück von Dr. Freund, daß nach dem ersten Statutenentwurf, der verworfen wurde, der Vorsitzende des Verbandes Märklischer Arbeitsnachweise, nämlich Dr. Freund, nicht nur ohne weiteres Vorsitzender des Beirates und der Zentralstelle sein sollte, sondern auch das Recht haben sollte, den Vertreter der Gemeinden der Provinz Brandenburg und die Vertreter der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Handelswelt zu ernennen. Das sei ja geändert worden und schließlich das jetzige Statut zustande gekommen, das eine annehmbare Form hat. Die Zentralstelle, die den Zweck habe, die aus dem Krieg zurückkehrenden Kriegsteilnehmer in passende Arbeitsstellen zu bringen, müsse nun aber auch einen entsprechenden Arbeitsinhalte bekommen, wenn sie ihren Zweck wirklich erreichen solle. Was an Redner liege, so werde er das seinige tun, das Vertrauen der Vorstände der Berliner Gewerkschaften zu rechtfertigen und dafür zu wirken, daß die geschaffene Form auch den richtigen Inhalt er-

halte. Bisher habe er die Anberaumung einer Vorstandssitzung beantragt; nachdem es mündlich vergeblich gewesen sei, noch einmal schriftlich. Darauf habe er jetzt einen Brief mit der Frage bekommen, zu welchem Zwecke er die Sitzung wünsche. Eine mühsige Frage angesichts der Notwendigkeit, daß in die Zentralstelle doch baldigst wirkliches Leben hineinkommen müsse. Das liege nicht nur im Interesse der Kriegsteilnehmer und ihrer Angehörigen, sondern auch im Interesse des Reiches. Mit der Frage der Unterbringung der Kriegsteilnehmer hänge auch noch eine andere zusammen. Eine Änderung des Kriegsteilnehmergesetzes sei erforderlich. Unsere Reichstagsabgeordneten müßten dahin wirken, daß, solange, bis die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer durch einen der Arbeitsnachweise eine passende Arbeitsstelle erhalten hätten, die Unterstützung der Angehörigen weiter gehe und für den Zurückgekehrten, aus dem Hause Ausgeschiedenen selber ein Zuschlag gezahlt werde. Die Kontrolle sei durch den Arbeitsnachweis zu übernehmen. Das gesehe praktisch sehr gut. — Was schließlich die Kriegsbeschädigten angehe, so sei zu fordern, daß zum mindesten die Großunternehmer ihr Wort wahr machten und die Kriegsbeschädigten, die früher bei ihnen beschäftigt waren, wieder aufnahmen. Was solle man dazu sagen, wenn, wie es jetzt geschehen sei, ein Straßenbahnkassierer, dem der linke Unterschenkel amputiert sei, als Arbeitsuchender ausgeschrieben werde. Das sei keine ausreichende Fürsorge für Kriegsbeschädigte. Mit dieser Arbeitsvermittlung, die auch vom Verbands Märklischer Arbeitsnachweise ausgehe, könne man nicht zufrieden sein. Für die Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte habe bis jetzt lediglich die Stadt Berlin so eingegriffen, daß es einigermaßen anerkennen sei.

Aus dem Bericht über die augenblickliche Lage im Dreherberuf, den Loth gab und Cohen ergänzte, ist zu entnehmen: Auch seit der Einsetzung des Kriegsausschusses haben die Kollegen vielfach in den Betrieben ihre Lage verbessert. Die fortwährende Steigerung der Lebensmittel und der sonstigen Lebensbedürfnisse war der Antrieb dazu. In der Frauenfrage hat das Kriegsministerium die Versicherung abgegeben, daß die Arbeiterkammerbestimmungen für die Frauen nach Möglichkeit innegehalten werden sollen. Es sind aber eine Reihe von Fällen vorgekommen, daß Frauen durch überlange Arbeitszeit und übermäßige Anstrengung nicht mehr in der Lage waren, ihre Arbeit fortzusetzen. Die Kollegen werden nun feststellen, wie oft der Wechsel stattfindet und wo die Schutzvorschriften für die Arbeiterinnen nicht beachtet werden. Nach dem bisher vorliegenden Material ist die Ueberschreitung der für Frauen nach § 137 der Gewerbeordnung zulässigen Arbeitszeiten nicht etwa bloß ausnahmsweise mit Zustimmung der Gewerbeinspektion vorgekommen, sondern auch vielfach ohne diese Zustimmung in ganz regelmäßiger Weise. Es werden Schritte getan werden, um Abhilfe zu schaffen.

Bergarbeiterstreik in Oberschlesien.

Wegen Lohn Differenzen verweigerte am Freitag die Wittagschicht der „Konordia-grube“ in Hindenburg D. S. die Einfahrt. Die Fraktion erklärte sich mit ihren Kameraden solidarisch, jedoch die gesamte Belegschaft, die in normaler Zeit etwa dreitausend Mann beträgt, nicht mehr eingefahren ist. Die bisherigen Verhandlungen wegen Wiederaufnahme der Arbeit verliefen ergebnislos. — Es handelt sich wieder um einen jener wilden Bergarbeiterstreiks, die im oberschlesischen Kohlenrevier nicht zu den Seltenheiten gehören.

Aus Industrie und Handel.

Einzahlungen auf die Kriegsanleihe.

Auf die dritte Kriegsanleihe waren bis Sonnabend abend, also bis zum 2. Oktober einschließlich rund fünf Milliarden Mark eingezahlt.

Der Salpeterverbrauch.

Im Handelsteil vom 29. September betont die „Morning Post“, daß trotz kürzlich stark gestiegener Preise der Absatz von Salpeter sich noch immer in einem Maße vollzieht, den man im Frühjahr kaum erwartet hätte.

Die Vorräte in Chile, die im letzten Winter ihren Höchststand erreichten, sind bis Anfang September um 400 000 Tonnen auf 684 000 Tonnen zurückgegangen. Eine weitere Abnahme wird er-

wartet, denn die Septemberverkäufe werden auf über 180 000 Tonnen, also mehr als im September 1913 geschätzt. Die Salpeterförderung ist noch lange nicht normal, wenn sie auch dauernd zunimmt. Man erwartet, daß sie in den ersten Monaten des nächsten Jahres sich in angemessener Weise verstärken wird. Sehr beträchtliche Mengen wurden für die Herstellung von Schwefelsäure gebraucht, und die Nachfrage für diesen Zweck wird wahrscheinlich anhalten.

Der norwegische Handel nach Rouen hat sehr stark zugenommen. Der Berichterstatter von „Astenposten“, dessen Pariser Drahtmeldung das Blatt am 29. September bringt, sah zu gleicher Zeit 82 norwegische Schiffe im Hafen. Nach Aussage des norwegischen Konsuls hat kein Hafen der Welt augenblicklich für Norwegen eine größere Bedeutung als Rouen.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 344 der preussischen Armee bringt Verluste folgender Truppenteile:

Infanterie usw.: Garde: 1. Garde-Reg. 3. B. (f. Gren.-Reg. Nr. 9 und Ref.-Inf.-Reg. Nr. 261); 4. Garde-Reg. 3. B.; Garde-Grenadier-Reg. Augusta; Garde-Reserve-Jäger-Bataillon; Garde-Schützen- und Garde-Reserve-Schützen-Bataillon (letzteres f. Garde-Reserve-Jäger-Bataillon); Grenadier-, bzw. Infanterie-, bzw. Jäger-Regimenter Nr. 2, 3 (f. auch Landw.-Inf.-Reg. Nr. 4), 9, 14, 15, 16, 18, 20, 21, 23, 27, 37, 38, 41, 43, 45, 51, 59, 62, 65, 66 (f. auch Gren.-Reg. Nr. 9), 67, 71, 79, 80 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 88), 81, 84 bis einschl. 93, 95, 96, 112, 114 bis einschl. 118, 128, 129, 130, 140, 144, 145, 148, 150, 151, 152, 154, 156, 158, 160, 161, 162, 164, 165, 167, 168, 173, 188, 354, 361, 375; Ref.-Infanterie-Regimenter Nr. 3, 12, 16, 18, 20, 21, 29, 30, 46, 61, 64, 66, 70, 72, 74, 78, 79, 80, 82, 83, 84, 87, (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 221), 88, 93, 111, 116, 118, 130, 201, 209, 211, 212, 213, 216, 217, 219, 220, 221, 222, 228, 231, 233, 234, 236, 237, 239, 250, 255, 259, 261; Erf.-Inf.-Regimenter Nr. 9 (f. Inf.-Reg. Nr. 354) und Keller (f. Inf.-Reg. Nr. 375); Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 4, 11, 12, 17, 18, 19, 20 (f. Inf.-Reg. Nr. 375), 21, 28, 47, 51, 65, 66, 75, 76, 77, 84, 99; Landw.-Erf.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 2 und 3; Landw.-Brigade-Erf.-Bataillone Nr. 9 und 14 (beide f. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 2), 26, 27, (beide f. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 1), 43 (f. Landw.-Erf.-Reg. Nr. 3); Landw.-Inf.-Bataillone: III Bonn, Briesen, III Darmstadt, II Hagenua, Arcsburg i. Ob.-Schles., V Posen, II Schroda; 4. Landw.-Erf.-Bataillon des IV. Armeekorps; Landw.-Inf.-Ausbildungsbataillon (XI. 28.); Jäger-Bataillone Nr. 5 (f. Gren.-Reg. Nr. 9), 9 (f. Gren.-Reg. Nr. 80), 14; Ref.-Bataillon Nr. 9; Ref.-Radfahrer-Komp. Nr. 81; Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 5 (f. Inf.-Reg. Nr. 375); Festungs-Maschinengewehr-Komp. Nr. 5 Straßburg (siehe Ref.-Inf.-Reg. Nr. 70).

Kavallerie: Kürassiere Nr. 6; Ref.-Dragoner Nr. 6, 46, 47, 53, 59, 71, 81, 86, 209, 219; Ref.-Regimenter Nr. 6, 48, 62, 70.

Fußartillerie: Regimenter Nr. 1, 8, 10; Ref.-Regimenter Nr. 2, 7, und 17; 9 Zentimeter-Batterie Teutler; Schützengraben-Kanonens-Abt. Nr. 3 (f. Fußart.-Reg. Nr. 8).

Feldfliegertruppe.
Train-Ersatz-Abteilung Nr. 3.
Referde-Bazarett Wölln in Rouenburg.
Arbeits- und Armierungs-Formationen: Arbeitskommando der 86. Infanterie-Brigade; Armierungs-Bataillon Nr. 19.
Kriegsbeleidungsamt des 3. Armeekorps.

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 202, deren Inhalt wir bereits vorgeführt mitteilen, wird veröffentlicht.

Die württembergische Verlustliste Nr. 277 meldet Verluste der 26. Inf.-Division, Stab; Ref.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 119; Ref.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 120; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 121; Jäger-Reg. Nr. 122; Grenadier- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 123; Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 124; Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 125; Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 126; Inf.-Regimenter Nr. 127, 180; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 247; Landw.-Inf.-Bataillon I Stuttgart; Landw.-Inf.-Bataillone Horb und Wiberach; Radfahrer-Komp. Nr. 2; Feldmaschinengewehr-Zug Nr. 138; Ulanen-Reg. Nr. 20; Landw.-Feldart.-Reg. Nr. 2; Feldart.-Regimenter Nr. 13 und Nr. 29; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 54; Feldart.-Reg. Nr. 65; 1. Landw.-Pionier-Komp.; 2. Ref.-Pionier-Komp.; Divisions-Brücken-Train Nr. 25; Schwere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 16 und Nr. 33; Pferde-Depot Nr. 1; Verluste durch Krankheiten; Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Zur Aufklärung!

Das Publikum, welches **Underberg-Boonekamp** kaufen will, verlangt nicht immer ausdrücklich **Underberg-Boonekamp**, sondern einfach Boonekamp oder „echten“ Boonekamp, und glaubt, speziell im letzteren Falle, daß ihm dann unbedingt mein Fabrikat **Underberg-Boonekamp** geliefert werden müsse. Diese Auffassung ist irrig.

Nachdem das Wort „Boonekamp“ und die Devise „occidit qui non servat“ im Jahre 1898 Freizeichen wurden, führe ich mein Fabrikat ausschließlich unter der Bezeichnung **„Underberg“** bzw. **„Underberg-Boonekamp“** und unter der Devise **„Semper idem“**.

Ich bitte deshalb alle Käufer, welche mein Fabrikat erhalten wollen, in ihrem eigenen Interesse, sowohl beim flaschenweisen Einkauf, wie beim Ausschank ausdrücklich

„Underberg“-Boonekamp

oder kurzweg **„Underberg“** zu fordern.

Die Worte **„Underberg-Boonekamp“**, ebenso **„Underberg“** sind als Warenzeichen für mich gesetzlich geschützt.



H. Underberg-Albrecht
Königliche Hofbrauerei
Bonn

H. Underberg-Albrecht
RHEINBERG (Rhld.) Gegründet 1846.



H. Underberg-Albrecht
Königliche Hofbrauerei
Bonn



Aus der Partei.

Friedenskundgebungen in der Schweiz.

Bern, 4. Oktober. (L. U.) In 70 Orten der Schweiz fanden gestern nachmittag Kundgebungen für den Frieden statt, die von den sozialdemokratischen Organisationen veranstaltet wurden.

Ein dänisches Jubiläum.

Die dänische Partei konnte am 30. September ein kleines Jubiläum begehen. Vor 25 Jahren wurden zum erstenmal zwei Genossen in das Landsting, das dänische Oberhaus gewählt.

Die Spaltung in der südafrikanischen Arbeiterpartei.

Wir haben schon eine telegraphische Meldung unseres Amsterdamer Korrespondenten über die Spaltung der südafrikanischen Arbeiterpartei wiedergegeben. Daß der innere Parteizwist, dessen Ursache die verschiedene Stellungnahme zum Kriege ist, schon vor der offiziellen Spaltung zu offenen Kämpfen geführt hat, geht aus einem vom 30. August datierten Johannesburg Wahlbrief im botswanischen Organ „Das Land“ hervor.

Das Budget der Kriegerfrau!

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte unter der obigen Überschrift eine Reihe Artikel auf Grund einer Anfrage. An und für sich ist gegen ein solches Unternehmen nichts einzuwenden. In der Hauptsache kamen aber nur Frauen von Angestellten und des Mittelstandes in Frage, während man über die eigentlichen proletarischen Existenzen wenig oder gar nichts erfährt.

Wir möchten heute die Aufmerksamkeit der in der Kriegsfürsorge tätigen Körperschaften der Stadt Berlin auf das Bestehen von Missetänden lenken, deren Beseitigung dringend notwendig ist.

Während wir aus der Umfrage des „V. L.“ ersehen, daß es Kriegerfrauen gibt, die an eigenem Arbeitseinkommen und einschließlich der Kriegsunterstützung monatlich bis 270 M. aufweisen können und dennoch sich ganz außerordentlich einschränken müssen, ja sogar im Notstand leben, würde eine Umfrage auf breiterer Basis noch ganz andere Resultate zeitigen.

Die Stadt Berlin beschäftigt zurzeit in allen Betrieben sehr viel weibliche Arbeitskräfte, darunter natürlich auch eine große Anzahl Kriegerfrauen. Uns liegen nun allein Angaben von 48 in den städtischen Revierinspektionen beschäftigten Kriegerfrauen vor, die erkennen lassen, daß man bei der Bewältigung bezw. Entlastung der Kriegsunterstützung die so notwendige Nachsicht nicht immer walten läßt.

Die Stadt Berlin beschäftigt zurzeit in allen Betrieben sehr viel weibliche Arbeitskräfte, darunter natürlich auch eine große Anzahl Kriegerfrauen. Uns liegen nun allein Angaben von 48 in den städtischen Revierinspektionen beschäftigten Kriegerfrauen vor, die erkennen lassen, daß man bei der Bewältigung bezw. Entlastung der Kriegsunterstützung die so notwendige Nachsicht nicht immer walten läßt.

beziehungsweise welche Unterstützungskommission darüber zu entscheiden hat. Wir finden, daß man diese Prüfung im Westen liberaler als im Osten und Norden handhabt. Bemerkenswert ist ein Vergleich der in den Gasrevierinspektionen beschäftigten Frauen mit den bei der Großen Berliner Straßenbahn beschäftigten Schaffnerinnen.

Table with columns: Name und Wohnung, Anzahl d. Kinder, Bezog an (Kriegsunterstützung, Mietszuschuß), Entzog wurde an Unterstützung insges., Betrag, Verdienst nach Abzug der Versicherungsbeiträge pro Stunde/Woche.

Diese Liste ergibt ein anschauliches, aber natürlich sehr „buntes Bild“. Sie ist gewissermaßen ein Barometer für das mehr oder weniger ausgeprägte soziale Empfinden der einzelnen Unterstützungskommissionen.

Aus Groß-Berlin.

Verbot der Tätigkeit der Impfsgegner.

Das Oberkommando in den Marken verbietet gemäß § 5b des Gesetzes über den Belagerungszustand in einer solchen erkrankten Belanntmachung die Veröffentlichung und Verbreitung aller Abhandlungen, Flugchriften, Propagandakarten und als Manuskript gedruckter Erörterungen, in denen gegen die im Heere angewandten Schutzimpfungen Stellung genommen wird.

Genarrte Schulkinder.

Uns wird geschrieben: Die Deputation für die Güter Berlins hatte dem Stadtschulrat die Mitteilung zugehen lassen, daß während der Herbstferien größere Schüler gute Verwendung beim Obstpflücken auf den städtischen Rittergütern Groß-Beeren und Dörfel finden könnten.

Darauf setzten sich 15 Schüler der obersten Klasse von Gemeindefschulen aus Berlin Südwest auf die Eisenbahn und fuhrten morgens mit dem um 6 Uhr 35 Minuten vom Potsdamer Ringbahnhof nach Groß-Lichterfelde abfahrenden Zuge dorthin.

Die Gültigkeit der Berliner Umsatztsteuerordnung vom 4. März 1910 hatte der Regierungsbauinspektor Hoffmann in einem Umsatztsteuerstreit angefochten, den er gegen den Berliner Magistrat führte.

Das Oberverwaltungsgericht hob zwar das Urteil auf und verwies die Sache zu anderweiter Entscheidung an den Bezirksauschuss zurück, aber nur wegen einer fehlerhaften Berechnung.

Die Leiche im Keller.

Eine graufige Entdeckung machte gestern nachmittag ein Knabe in der Blumenstraße 88. Dem Sohn eines Mieters dort fiel ein 10-Werfnigglück durch des Oberlichts in den Keller des Seitensüßels.

Ein Kampf zwischen Forstbeamten und Wildbienen hat sich vor einigen in der Forst bei Saatkünkel abgepielt. Zwei Forstbeamte trafen auf einem Streifgang durch den Wald auf drei 18-20jährige Männer, die sämtlich Jagdgewehre bei sich trugen.

Kleine Nachrichten. Eine unbekannt Frau suchte sich in einem Gasthof der Badzedstraße mit Gas zu vergiften.

Die Stadt zählt schon seit einigen Wochen eine Sonderunterstützung an bedürftige Familien der beurlaubten Mannschaften. Einen bestimmten Satz festzusetzen, wurde unterlassen, da die Unterstützung sich nach dem vom Bezirksvorsteher festgestellten Grad der Bedürftigkeit richten soll.

Aus den Gemeinden.

Urlaubunterstützung in Lichtenberg.

Die Stadt zählt schon seit einigen Wochen eine Sonderunterstützung an bedürftige Familien der beurlaubten Mannschaften. Einen bestimmten Satz festzusetzen, wurde unterlassen, da die Unterstützung sich nach dem vom Bezirksvorsteher festgestellten Grad der Bedürftigkeit richten soll.

Gerichtszeitung.

Öffentliche Tänze.

Das Verbot der öffentlichen Tänze während der Kriegszeit gab gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I Anlaß zu längeren rechtlichen Erörterungen.

Wegen Vergehens gegen dieses Verbot in Verbindung mit Vergehen gegen das Belagerungsgesetz war die Schankwirtin Hedwig Wodarg angeklagt. Der Ehemann der Angeklagten ist jetzt als Unteroffizier zum Militär eingezogen.

flott gelangt werde, stellen zwei Kriminalbeamte Beobachtungen an, auf Grund deren sie folgende Angaben im gestrigen Fernruf machten. Jeden Sonntag hätten sich in dem Lokal etwa 200 junge Männer und Mädchen versammelt und ein richtiges Tanzvergnügen veranstaltet. Um eine Liebeserklärung durch die Polizei zu bereiten, sei ein System von Lichtsignalen in Anwendung gebracht worden; vor dem Eingange zum Lokal hätten sich zwei Aufpasser aufgestellt, die dem Klavierpieler, sobald Gefahr drohte, durch Ausschalten einer elektrischen Lampe ein Warnungszeichen gegeben hätten. Sobald das Lichtsignal in die Erscheinung trat, seien die tanzenden Mädchen sofort an ihre Plätze geeilt, der Klavierpieler habe die Tanzmelodie abgebrochen und habe schnell ein patriotisches Lied gespielt, in das die Anwesenden einstimmten. Die Angeklagte bestritt diese Beschuldigungen und erklärte, daß sie nach besten Kräften stets jeden Versuch zu tanzen unterlag habe; sie habe aber nicht immer im großen Saal anwesend sein können, sondern auch vorübergehend in den im Vorderhause gelegenen Restaurationssälen zu tun gehabt. — Der Staatsanwalt hielt die Angeklagte in zwei Fällen im Sinne der Anklage für schuldig und beantragte zwei Monate Gefängnis. — Justizrat Dr. Schöps bestritt, daß hier überhaupt eine Anordnung des Oberkommandos in Frage stehe und der Verfügung des Polizeipräsidenten Rechtsgültigkeit beimessen sei. Wie die Beweisaufnahme ergeben habe, habe sich die Sache wie folgt abgespielt: Der Polizeipräsident habe nicht durch eine vorläufige Befehlsverfügung die öffentlichen Tanzlustbarkeiten verboten, sondern durch Mundverfügung auf die einzelnen Reviere bekannt gegeben, daß überall die Erlaubnis zur Veranstaltung von Tanzlustbarkeiten für die Dauer des Krieges zurückzunehmen sei. Die einzelnen betreffenden Lokalbesitzer seien auch nicht besonders von der Rücknahme der Erlaubnis benachrichtigt worden. Wie sich aus einer Mitteilung des Staatsanwalts ergebe, haben dann die Gastwirte in einer Audienz beim Oberkommando eine Milderung des polizeilichen Vorgehens erstrebt; zu der Audienz sei auch ein Vertreter des Polizeipräsidenten hinzugezogen worden und die Rücknahme des Polizeipräsidenten sei bei dieser Gelegenheit vom Oberkommando gutgeheißen worden, doch liege irgend eine schriftliche Formulierung dieser Zustimmung nicht vor. Es fehle deshalb überhaupt eine Anordnung des Oberkommandos, gegen die Angeklagte verstoßen habe. Was das Strafmaß betreffe, so sei völlig unerfindlich, wie der Staatsanwalt in dieser für das Gastwirts Gewerbe so ungeheuer schweren Zeit zu einem so ungeheuerlichen Strafmaß komme. — Das Gericht teilte die rechtlichen Bedenken des Verteidigers nicht und verurteilte die Angeklagte nur in einem Falle zu einer Woche Gefängnis. Bei der Strafsummlung sei einerseits erwogen worden, daß der Ernst der Zeit eine strenge Befolgung aller im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sittlichkeit getroffenen behördlichen Maßnahmen erfordere, andererseits sei aber auch berücksichtigt worden, daß das Gastwirts Gewerbe in der jetzigen Zeit mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe.

Die Sache dürfte jedenfalls noch das Reichsgericht beschäftigen.

Kriegsgehwinder.

Ein Verräter, dem eine Reihe von Schwindeleien gegen die Kriegswohlfahrts-Einrichtungen, wie der Fortigende aus-

drücklich hervorhob, sehr leicht gemacht worden waren, wurde geftern von der I. Strafkammer des Landgerichts I zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt.

Aus der Untersuchungshaft wurde der vielfach vorbestrafte Kellner Franz Bartolein vorgeführt, um sich wegen Betruges in mehreren Fällen und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Es ergab die Verhandlung, daß dem Angeklagten auf die einfache unwahre Angabe hin, er wäre bis zum Kriegsausbruch in Brüssel als Silberputzer tätig gewesen und sei dann unter verschiedenen Wästeligkeiten nach Deutschland geflüchtet, von verschiedenen Kriegswohlfahrts-Einrichtungen Geld, Kleidungsstücke usw. in Hülle und Fülle gegeben worden waren. So hat er u. a. die Flüchtlingsberatungsstelle des Roten Kreuzes, den „Nationalen Frauendienst“, ja selbst die Eisenbahnbehörde betrogen, die ihm, ohne die Legitimationen einer besonders genauen Prüfung zu unterziehen, sogar das angeblich herausgelagte Fahrgeld von 21,50 M. zurückerstattete. Auf Grund eines Schreibens des „Nationalen Frauendienstes“ erhielt er von der Firma Stiller ein Paar sehr teure Lederschuhe ausgehändigt. — In der ersten seinerzeit der Vertagung anheimgefallenen Verhandlung hatte B. behauptet, daß er tatsächlich aus Belgien geflohen sei. Erst als man ihm die Lohnzettel einer Firma in Schöneberg vorlegte, aus denen hervorging, daß er zur Zeit des Kriegsausbruchs und schon vorher dort gearbeitet hatte, bequente er sich zu einem Geständnis. — Mit Rücksicht auf die außerordentliche Gemeinshaftlichkeit derartiger Schwindeleien und ferner auf die vielfachen Vorstrafen des Angeklagten erkannte die Strafkammer, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, auf 5 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Öffentliche Versammlung?

Ende Juni dieses Jahres besuchte der Gauleiter des Landarbeiterverbandes Gröchner-Preslau einen Kollegen in einem Dorfe im Kreise Liegnitz. Die im gleichen Gehirne wohnenden fünf oder sechs Landarbeiterfamilien fanden sich in der Wohnung des Kollegen ein, um von Gröchner Auskünfte zu erhalten über die Erlangung der Kriegswohlfahrts-Hilfe und andere Kriegsunterstützungen sowie über die Einrichtungen unseres Verbandes. Die Polizei erfuhr von diesem Zusammenfassen und überraschte den betreffenden Kollegen, in dessen Wohnung die Leute gefessen hatten, mit einem Strafbefehl über 50 Mark oder 10 Tage Haft unter der Bedingung, er habe eine öffentliche Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten veranstaltet, ohne hieron 24 Stunden vor Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit der Polizeibehörde Anzeige erstattet zu haben. (Übertretung gegen §§ 5 und 18 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908.)

In der Schöffengerichtsverhandlung beantragte jedoch der Staatsanwalt selbst Freisprechung, weil der Landarbeiterverband kein politischer Verein und seine Zusammenkünfte nicht anmeldspflichtig waren. Das Gericht gab diesem Antrage statt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwochmittag. Kühl, vorwiegend trübe und neblig, mit weiteren Regenfällen. Später im Osten beginnende langsame Aufbesserung.

Aus aller Welt.

Schwere Eisenbahnunfälle.

Aus Rostock wird gemeldet: Sonntagabend zwischen 5 und 6 Uhr fand am Bahnübergang der Satower Chaussee ein Zusammenstoß eines Wagens der elektrischen Straßenbahn der Strecke Rostock-Barnstorf mit einem Personenzug der Strecke Rostock-Barnstorf statt. Der Straßenbahnwagen wurde aus dem Gleis gehoben und schwer beschädigt. Eine Person wurde getötet, ein 3 1/2-jähriges Kind und eine Dame schwer und fünfzehn Personen leicht verletzt. Der Getötete ist Professor Krazemann aus Wismar. Das Unglück ereignete sich dadurch, daß ein Wagen der elektrischen Straßenbahn durch die geschlossenen Schranken an der Bahnüberführung der Satower Chaussee fuhr.

Ein anderes Eisenbahnunglück wird aus Holzminde gemeldet. Nach dem dortigen „Täglichen Anzeiger“ ist Sonntagmorgen bei der Einfahrt in den Bahnhof Stadt Emden mit 24 Wägen entgleist. Die Maschine, der Tender, ein Postwagen und vier Wägen sind umgestürzt. Ein Reisender wurde schwer, fünf wurden leicht verletzt.

Zwanzig Arbeiter durch Schwefeldämpfe erkräft. „Secolo“ erfährt aus Casale Monferrato, daß in einer Schwefelmine in San Giovanniello etwa zwanzig Arbeiter infolge Ausströmens giftiger Gase erkräft sind.

Parteiveranstaltungen.

Bierter Wählerverein, Jugendsektion. Mittwoch, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Andreas-Beisläken, Andreasstr. 21, eine Versammlung der jungen Wählervereinsmitglieder im Alter von 18-21 Jahren statt. Vortrag des Stadtd. Genossen Wilh. Pökel über: „Fritz Reuter“. Diskussion.

Frauenleseabende.

Wilmsdorf. Dienstag, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Schilling, Lauenburger Straße 21. Bericht der Konferenz der Lesabendeleiterinnen und Referent.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten **Diensd. 3. IV.** Hof rechts, Poststraße, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Aufschub und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsqualifikation beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. N. 119. Sie müssen Ihre Wohnungsänderung beim Bezirkskommando melden. — **G. S. 4.** Sie sind wahrscheinlich zurückgestellt bis zum 21. Dezember 1915 und werden nachdem Ober erhalten. — **C. S. 2.** Die Krankenliste wird die Gebühr für das Attest nicht tragen. Sie werden es selbst bezahlen müssen. — **Montigny 2. 100.** Wenn die Weiterverficherung fortgesetzt wird, erhalten Sie im Falle einer Verwundung Krankengeld, auch dann, wenn Sie im Auslande verwundet werden. — **P. S. 13.** Dauern garnison- und arbeitsverwendungs-fähig. — **G. S. 5.** Die Lösung muß auch inmobilen Truppen bei Urlaubsgewährung gezahlt werden.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Kreiswahlverein Niederbarnim.
Bez. Oberschöneweide.
Am Sonntag früh ist unser Genosse, der Gastwirt
Karl George
im Alter von 40 Jahren gestorben.

Sein Andenken in Ehren!
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 6. Oktober, nachmittags statt.
Rege Beteiligung wird erwartet und treffen sich die Genossinnen und Genossen pünktlich um 4 Uhr zum erfolgenden gemeinsamen Umarmen am Trauerhause, Wilhelmshofstraße 44a.
246/6 **Der Vorstand.**

Zentralverband der Lederarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Filiale Berlin I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Beizgerber
Hermann Neuendorf
aus Prenzlau
am 17. September 1915 auf dem Schlachtfelde gefallen ist.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken betrauern.
133/10 **Die Ortsverwaltung.**

Karl George.

Ober-Schöneweide,
den 4. Oktober 1915.
Am Namen der Hinterbliebenen
Martha George geb. Agtha.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes von Ober-Schöneweide aus statt. 25706

Marie Lumpe

im Alter von 55 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.
Dies zeigen in tiefstem Schmerz an
Wilhelm Lumpe,
Rinslauer Straße 45,
und Sohn, zur Zeit im Felde.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Gesangverein „Norddeutsche Schleife.“

Am Freitag, den 1. Oktober, verlor nach schwerem Leiden unser lieber Sangesbruder
August Hoffmann
Wir verlieren in ihm einen stets opferwilligen Sänger. In seiner langjährigen Mitgliedschaft war er einer der eifrigsten Förderer des Chores. Allen ein Vorbild in treuer Pflichterfüllung. Sein Andenken wird in unseren Herzen nie erlöschen.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. d. M., nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
25716 **Der Vorstand.**

Willi Pasehke

Als Opfer des furchtbaren Weltkrieges, fern von der Heimat, fiel am 10. September, nachdem er 13 Monate im Felde gestanden, durch Kopfschuß mein lieber, unvergesslicher Mann, der treuergebende Vater, Sohn, Bruder, Schwager, der Reservist
Willi Pasehke
Rel.-Aut.-Regt. Nr. 12, 4. Komp., im blühenden Alter von 28 Jahren.
Dies zeigen in tiefstem Schmerz an
Frau Pasehke und Kind, Eltern,
Paul Pasehke, zur Zeit im Felde,
Gustav Ziegfried, zur Zeit im Felde.
Dort ruht Du ohne Totenschrein in blutgetränktem Felde.
Es schmückt kein Kreuz, kein Leichenstein
Die unbefamte Stätte.
So schläfst Du jetzt den letzten Schlaf.
Wir denken Dein mit Schmerzen.
Das Blei, das Dich zu Tode traf,
Zerbricht dahelme die Herzen.
Nurhe sanft in Heidesland.

Blumen- und Franzbinderei von Robert Meyer,

Ind.: P. Golletz
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 346
Ich bin nach
Kaiser-Friedrich-Straße 96-97
(Ecke Thiemannstraße)
verzogen. **Telephon 9319.**
Dr. Hellwig.

300 Mark Anzahlung
Landparzelle von 2000 M. an verk.
Grothe, Alexanderstr. 32, II. vorn.
Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon **Ärmel od. Paletot**
nach **Maß,** schick. **daher** **Zustand**
von **25 Mark** an. **Moritz Laband,**
Nann Promenade 8, II. (Stadth. Bldg.)

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

Die Glocke

Sozialistische Halbmonatsschrift
Herausgeber: Parvus

Heft 3 soeben erschienen

Inhalt: Der Freiheit eine Gasse!
Ein Verleumdungswerk.
Eine verpaßte politische Mission.
Die internationale sozialistische Bewegung.
Meine Stellungnahme zum Krieg.
von Parvus.
Das Theater während des Krieges,
von Edgar Steiger.
Glossen Vom Tage Notizen.

Jedes Heft 25 Pf. Jährlich M. 6.—. Halb-jährlich M. 3.—. Vierteljährlich M. 1.50.

Vorzügig in all. Buchhandlungen u. Kolportagegeschäften, ebenso nehmen alle Postanstalten Bestellungen entgegen

Generalvertrieb f. Berlin u. Umgeg.: Louis Friedr. Abel & Co., Kommandantenstr. 15

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München, Altheimereck 19

Es zieht!
Wie leicht host man sich dabei eine Erkältung oder doch wenigstens eine lästige Heiserkeit.

Wibinnd TABLETTEN

schützen davor, denn sie erhöhen den Speichelfluß und beugen so, auf natürliche Weise desinfizierend, den Folgen einer Erkältung vor. Sie enthalten keine Mineralien und wirken daher nicht fäurend, sondern eher günstig auf die Verdauung.

Schaufel mit 400 Tabletten in allen Apotheken und Drogerien M. 1.—
Warnung vor Nachahmungen! — Verlangen Sie stets „Wibert“.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.

Tel.-Amt Wörkplatz 10623, 3578. Bureau: Rungestrasse 30

Mitglieder-Versammlung

Bezirk Ober-Schöneweide: **Dienstag, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Wänerke, Wilhelmshofstr. 18.**

Branchen-Versammlungen:

Küchenmöbeltischler: **Mittwoch, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Stein, Stralauer Brücke 3.**

Jaloufiarbeiter: **Mittwoch, den 6. Oktober, abends 9 Uhr, bei Greibe, Rungestr. 30.**

Vertrauensmänner-Versammlungen:

Mittwoch, den 6. Oktober:

Tischler, Bezirk Osten III: abends 8 Uhr, bei **Kloß,** Borghagener Str. 29.

Tischler, Bezirk Süden: abends 8 1/2 Uhr, bei **Emald,** Schönleinstr. 6.

Tischler, Bezirk Ober-Schöneweide: **Abteilung Flugplatz.** Abends 8 1/2 Uhr, im **Rindenhof, Johannisthal, Friedrichstr. 60.**

Bautischler, Bezirk I: abends 8 1/2 Uhr, bei **Fröhlich,** Wäckerstraße, Ode Fontanepromenade.

Stellmacher: abends 8 1/2 Uhr, bei **Hummel,** Sophienstr. 5.

Modell- und fabriktischler, Modelldrechler: abends 8 Uhr, bei **Waldbi,** Pflugstr. 5.

Jaloufiarbeiter: abends 8 Uhr bei **Greibe, Rungestr. 30.**

Korbmacher: Abends 8 1/2 Uhr bei **Krause, Mariannenplatz 8.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Bericht der Kommission. 2. Verbandsangelegenheiten.
88/14 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Weichhorstr. 28, dort. Filiale Berlin. Str. Nachw.: Hermannstr. 13
Fernspr.: Amt Wörkpl. 4787. Fernspr.: Norden 3791-97

Sektions-Versammlung der Lackierer

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15.
Tagesordnung:
1. Die Entwicklung der Naturerkenntnis. Referent: Genosse Joachim Klüß. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet
135/5 **Die Sektionsleitung.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannte **Zigaretten** zu **Originalpreisen.**
Amt Mpl., 3014.